

# Die Beuth-Debatte

---

## Eine Darstellung der Debatte um den Antisemitismus von Christian Peter Wilhelm Beuth.

Von Prof. Dr. habil. Achim Bühl

In: Bühl, Achim (2019): Antisemitismus. Geschichte und Strukturen bis heute, Abschnitt 4.4. "Der Fall Christian Peter Beuth", Marix Verlag Wiesbaden, 978-3-7374-1124-0.

---

Die **Beuth-Debatte** ist eine in Berlin sowie in Kleve geführte Diskussion um den Antisemitismus des preußischen Staatsbeamten Christian Peter Beuth (1781–1853). Während in Berlin der Kern der Debatte in der Forderung einer professoralen Hochschulinitiative<sup>[1]</sup> sowie einer studentischen Initiative<sup>[2]</sup> nach Umbenennung der Beuth Hochschule für Technik Berlin besteht, geht es in der niederrheinischen Stadt Kleve um das Abhängen einer Ehrenplakette am Geburtshaus Christian Peter Beuths sowie um die Umbenennung der dortigen Beuthstrasse nach Bekanntwerden der Vorwürfe.

Die Debatte wurde sowohl in Kleve als auch in Berlin ausgetragen und führte in der deutschen Hauptstadt zu harten Kontroversen, in denen sich u. a. das Zentrum für Antisemitismusforschung Berlin (ZfA), die Altpräsidenten der Beuth Hochschule Reinhard Thümer und Gerhard Ackermann, Historiker der preußischen Geschichte wie Thomas Stamm-Kuhlmann, der Germanist Stefan Nienhaus, der ehemalige Direktor des Deutschen Instituts für Normung (DIN) Helmut Reihlen, Politiker wie Sergey Lagodinsky (Grüne/Bündnis 90) und Steffen Krach (SPD) sowie der Publizist Götz Aly zu Wort meldeten. Während in Kleve die Stellungnahme des Berliner Soziologie-Professors Achim Bühl zum Antisemitismus Beuths, welche die Debatte auslöste, zu raschen Konsequenzen wie dem Abhängen der Ehrenplakette am Geburtshaus führte, wird an der Beuth Hochschule für Technik Berlin hinsichtlich der Frage der Umbenennung seit Monaten gestritten. Die Debatte wird mittlerweile bundesweit geführt (FAZ, Die Welt, Süddeutsche Zeitung, taz, Jüdische Allgemeine, Spiegel, Berliner Zeitung, Berliner Morgenpost, Tagesspiegel, NRZ, WAZ, Die Zeit u. a.). Streitpunkt ist, ob ein Antisemit, unabhängig davon über welche Verdienste er verfügt, Namensgeber einer Hochschule bzw. Bildungsinstitution sein darf.



Denkmal in Berlin mit Christian Peter Beuth (1781–1853) und Wilhelm von Humboldt (1767–1835)

## Inhaltsverzeichnis

---

### Verlauf der Debatte

Erste Phase

Zweite Phase

Dritte Phase

Vierte Phase

### **Gutachten und Stellungnahmen der Beuth-Debatte**

Bühl I

Rudolph/Schölzel

Thümer I

Thissen

Thümer II

Bühl II

Zentrum für Antisemitismusforschung

Ackermann

### **Beuths Antisemitismus**

Der Raumersche Entwurf zur "Judenemanzipation"

Beuth als Mitglied der Deutschen Tischgesellschaft

Beuths Agieren als Mitglied des Staatsrats

### **Ursachen für Beuths Antisemitismus**

#### **Akteure der Berliner Debatte**

Die Umbenennungsinitiative

Die studentische Initiative

Studentische Selbstverwaltung

    Allgemeiner Studierendenausschuss (AStA)

    Studierendenparlament (StuPa)

Das Präsidium der Beuth Hochschule

Die Beuth-Arbeitsgruppe der Präsidentin

Die Altpräsidenten der Beuth Hochschule

Die Antagonisten der Umbenennung

Hochschulgremien: Senat, Versammlung, Kuratorium

Jüdische Stimmen

Das Zentrum für Antisemitismusforschung

#### **Das Beuth-Symposium**

#### **Auswirkungen in Beuths Geburtsstadt Kleve**

#### **Resümee**

#### **Literaturverzeichnis**

#### **Weblinks**

#### **Einzelnachweise**

## **Verlauf der Debatte**

---

Die Technische Fachhochschule Berlin benannte sich unter der Präsidentschaft des Wirtschaftsingenieurs Reinhard Thümer im Jahr 2008 in Beuth Hochschule für Technik Berlin um (offiziell gültig seit 2009). Zum Zeitpunkt der Umbenennung lagen dem Präsidium laut Aussage des Altpräsidenten keine Informationen über den Antisemitismus Beuths vor. Fachexpertisen über den Namenspatron wurden im Vorfeld der Umbenennung nicht eingeholt. Vor der Abstimmung der Akademischen Versammlung über die Umbenennung der Hochschule benutzte das Präsidium 2008 als Laudatio auf Christian Peter Beuth einen Vortrag von Helmut Reihlen<sup>[3]</sup>, der bereits eine Biographie über Christian Peter Beuth verfasst hatte.<sup>[4]</sup> Die zum damaligen Zeitpunkt vorliegende Auflage der Beuth-Biographie Reihlens enthielt keinerlei Hinweise über die Judenfeindschaft des preußischen Staatsbeamten<sup>[5]</sup>, was ebenso für diverse Standardwerke zur Technikgeschichte galt.<sup>[6]</sup> Der entsprechende Eintrag in der Deutschen Biographie<sup>[7]</sup> ließ ebenso keinen Verdacht über dessen Antisemitismus aufkommen. Die Beuth-Debatte startete erst mit dem Gutachten des Rassismusforschers Achim Bühl im Jahr 2017 und verlief bislang in vier Phasen.

## Erste Phase

In der ersten Phase stieß Bühl auf die von Nienhaus bereits im Jahr 2003 veröffentlichte Habilitationsschrift „Geschichte der deutschen Tischgesellschaft“<sup>[8]</sup> sowie auf den dort dokumentierten Tatbestand der Mitgliedschaft Beuths in der Deutschen Tischgesellschaft, einer rigiden antisemitischen Vereinigung, die vom Schriftsteller Achim von Arnim sowie dem Staatsrechtler Adam Heinrich Müller im Jahr 1811 gegründet wurde. Im Vorwort seines im August 2016 erschienenen Buchs „Rassismus: Anatomie eines Machtverhältnisses“<sup>[9]</sup> berichtete Bühl darüber und schrieb: „Ein Vorbild für Studierende an einer deutschen Hochschule kann Beuth folglich nicht sein.“<sup>[10]</sup> Er verständigte diesbezüglich die Hochschulleitung, die ihn aufforderte seine Quellen offen zu legen. Bühl verfasste daraufhin eine am 1. Juni 2017 veröffentlichte ausführliche Stellungnahme, die das Präsidium der Hochschule dazu veranlasste, den Archivar Jörg Rudolph und den Historiker Christian Schölzel mit einem externen Gutachten zu beauftragen. Zu den beiden Gutachten (Bühl I, Rudolph/Schölzel) nahmen die Altpräsidenten der Beuth Hochschule Thümer und Ackermann Stellung.<sup>[11]</sup> Nachdem die Präsidentin über den Stand der Debatte auf einer Akademischen Senatssitzung am 24. Mai 2018 sowie auf einem „Jour fixe“ der Beuth Hochschule am 6. Juni 2018 informiert hatte, führte der Fachbereich Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften am 20. Juni 2018 eine Informationsveranstaltung mit anschließender Podiumsdiskussion zur Umbenennung der Hochschule durch. Über die Veranstaltung wurde in der Presse breit berichtet<sup>[12]</sup>, so dass die diesbezüglichen Informationen auch nach Kleve gelangten.<sup>[13]</sup> Langfassung<sup>[14]</sup> wie Kurzfassung<sup>[15]</sup> des die Debatte initiiierenden Gutachtens wurden den Hochschulmitgliedern sowie der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Die wichtigsten Aussagen zum Antisemitismus Beuths fasste Bühl darüber hinaus in einem von Sergey Lagodinsky produzierten Video zusammen, das mit dem Titel „Sprechen wir über ... Christian Peter Wilhelm Beuth!“<sup>[16]</sup> online gestellt wurde.

## Zweite Phase

Die zweite Phase der Debatte wurde im Oktober 2018 durch ein neuerliches Papier des Altpräsidenten Thümer eingeleitet, der seine zweite Stellungnahme u. a. an Nienhaus sowie an die Bürgermeisterin der Stadt Kleve schickte.<sup>[17]</sup> Das neuerliche Papier, welches den Tatbestand des Antisemitismus Beuths in Abrede stellte, sorgte für Debatten und bewegte Bühl zu einer Gegenstellungnahme.<sup>[18]</sup> Eine Erwiderung auf das zweite Papier Thümers verfasste ebenso die gesamte Leitung des Zentrums für Antisemitismusforschung der TU Berlin.<sup>[19]</sup> Die Papiere von Thümer, Bühl sowie dem ZfA führten zu zahlreichen Presseartikeln, wodurch die Beuth-Debatte weit über Berlin hinaus Beachtung fand.<sup>[20]</sup> Die „Jüdische Allgemeine“ warf dem Altpräsidenten vor, mit seinem zweiten Papier (Thümer II) verbiefte Erkenntnisse der Fachwissenschaftler in Abrede zu stellen.<sup>[21]</sup> Die Journalistin Maxine Bacanji konstatierte, der Altpräsident habe bereits in seinem ersten Papier (Thümer I) versucht, Rechtfertigungsargumente für Beuths Antisemitismus zu liefern, während er in seinem zweiten Papier dazu übergehe anerkannte Fakten zu leugnen. Thümers im ersten Papier aufgeworfene Frage, ob es zu Beuths Zeiten „rational nachvollziehbare Vorbehalte gegen die jüdische Bevölkerung“ gegeben habe sowie seine Bemerkung von den „mit den Franzosen sympathisierenden Juden“ ließen sich als antisemitische Argumentationsmuster deuten, so die Journalistin in der Jüdischen Allgemeinen.<sup>[22]</sup> Diesbezügliche Vorwürfe an den Altpräsidenten wies die Präsidentin der Beuth Hochschule Monika Gross entschieden zurück. Antisemitismus-Vorwürfe äußerte ebenso der Soziologe Bühl, der u. a. auf eine Stelle des Papiers „Thümer I“ verwies, in der ein nicht näher spezifizierter Professor Carter affirmativ mit den Worten zitiert wird: „There are people who object to performing Wagner's music because of his views. I hope that cooler heads will prevail. Otherwise we may have to erase from history everyone from St. Paul, through St. John Chrysostomos, Luther, etc. Of course, we might also deplore the passages in the Talmud regarding Mary and Jesus as well as Christians in General.“<sup>[23]</sup> Der Ansicht Bühls zufolge repliziert dieser Passus die antijüdische Hetze gegen den Talmud wie sie seit dem 13. Jhd. geläufig war und im Jahr 1240 zur großen Talmudverbrennung von Paris führte.

## Dritte Phase

Die dritte Phase der Beuth-Debatte wurde durch ein zweitägiges wissenschaftliches Symposium eingeleitet, das die Hochschulleitung veranstaltete. Sowohl die einzelnen Vorträge als auch die Podiumsdiskussion wurden aufgezeichnet und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.<sup>[24]</sup> Dem zweitägigen Symposium schloss sich eine Befragung der Studierenden der

Hochschule sowie der Beschäftigten an.<sup>[25]</sup> Bedingt durch die vorlesungsfreie Zeit vertagte sich Anfang Februar der Beuth-Diskurs auf das Sommersemester 2019. Die Presse berichtete ausführlich über das Beuth-Symposium.<sup>[26]</sup> Die Online-Befragungen an der Beuth Hochschule sind mittlerweile abgeschlossen. Eine direkte Frage zur Umbenennung wurde nicht gestellt. Die Einsicht in die Ergebnisse ist derzeit nur Hochschulangehörigen möglich.<sup>[27]</sup>

Rücklauf der hochschulinternen Umfrage

| Statusgruppe        | Einladungen | Rücklauf | Rücklauf in Prozent |
|---------------------|-------------|----------|---------------------|
| Studierende         | 12.921      | 804      | 6,2                 |
| Professuren         | 301         | 133      | 44,2                |
| Sonstige Lehrkräfte | 479         | 222      | 46,3                |
| Mitarbeitende       | 514         | 72       | 14,0                |
| Gesamt              | 14.215      | 1.231    | 8,7                 |

## Vierte Phase

Die noch offene vierte Phase (ab April 2019) besteht in der Beschäftigung der Akademischen Versammlung mit dem Thema sowie einer Abstimmung über die Umbenennung, welche vermutlich im Herbst 2019 oder aber erst Anfang 2020 erfolgen wird. Der Ausgang der Abstimmung gilt derzeit als offen, da das Kräfteverhältnis zwischen Befürwortern und Gegnern der Umbenennung an der Beuth Hochschule für Technik Berlin nur schwer abzuschätzen ist.

## Gutachten und Stellungnahmen der Beuth-Debatte

---

Im Kontext der Beuth-Debatte wurden diverse Gutachten verfasst, die den Antisemitismus Beuths belegen sowie Gegenstellungen der Altpräsidenten, die von Fachwissenschaftlern als „alternative Fakten“ bewertet wurden.<sup>[28]</sup> Die Fachgutachten förderten bislang unbekanntes Archivmaterial zu Tage oder ordneten die Aussagen Beuths in größere Zusammenhänge wie die preußische Judenemanzipation neu ein. Im Rahmen der Diskussion wurden gleichfalls Erklärungsansätze für den Antisemitismus Beuths präsentiert, die gestützt auf bislang unbekanntes Archivmaterial aus der Geburtsstadt Kleve<sup>[29]</sup> den preußischen Ministerialbeamten mit dem österreichischen Philosophen Otto Weininger verglichen, so dass Beuths Antisemitismus als karriereförderndes Mittel, als kultureller Code sowie als Spaltungsabwehr auf dem Hintergrund einer homophoben, pietistisch geprägten preußischen Gesellschaft interpretierbar ist.<sup>[30]</sup>

## Bühl I

Grundlage der Beuth-Debatte war das von Bühl am 1. Juni 2017 vorgelegte Gutachten zum Antisemitismus Beuths. Quellenmäßig bezog sich Bühl auf die von Nienhaus im Jahr 2003 vorgelegte Habilitationsschrift<sup>[31]</sup>, auf die von Nienhaus herausgegebenen „Texte der deutschen Tischgesellschaft“, erschienen als Band 11 der historisch-kritischen Gesamtausgabe Achim von Arnims im Jahr 2008<sup>[32]</sup>, auf die von Ismar Freund im Jahr 1912 herausgegebenen Urkunden<sup>[33]</sup> zur sog. Judenemanzipation sowie auf bislang nicht publiziertes Archivmaterial aus Kleve.<sup>[34]</sup>

Bühl bewertete den Antisemitismus Beuths als extrem, insofern dieser als politischer Antisemitismus, organisierter Antisemitismus, völkischer Antisemitismus, eliminatorischer Antisemitismus (bezüglich der benutzten Wortwahl) sowie als christlicher Antisemitismus zu betrachten sei. Beuths Antisemitismus habe mittelalterliche Motive wie die Hostienfrevellgende sowie den Mythos vom „jüdischen Ritualmord“ im 19. Jhd. wieder salonfähig gemacht. Die auch für Beuths Zeit hochgradige Schärfe seines Antisemitismus resultiere aus dem Sachverhalt, dass der preußische Ministerialbeamte die „Berliner Judenverbrennung“ von 1510 legitimiert und die Opfer des Schauprozesses wie Justizskandals darüber hinaus posthum verhöhnt

haben. Bei der Bewertung zu berücksichtigen sei ferner, dass Beuth als Ministerialbeamter sowie als späteres Mitglied des preußischen Staatsrats über eine politische Position verfügte, die er nach Kräften genutzt habe, um die rechtliche Gleichstellung der Juden zu behindern.<sup>[35]</sup>

## Rudolph/Schölzel

Das vom Präsidium der Beuth Hochschule vergebene externe Zweitgutachten legten der Archivar Jörg Rudolph sowie der Historiker Christian Schölzel im Mai 2018 vor. Rudolph und Schölzel gelangten zu dem Ergebnis, dass die judenfeindliche Haltung Beuths „im zeitüblichen Spektrum durchaus als rigide“<sup>[36]</sup> zu bezeichnen sei. Daran würden auch pragmatische Zugeständnisse des Freihändlers Beuth gegenüber Juden im Bereich der Wirtschaft nichts ändern. Rudolph und Schölzel konstatierten, dass Beuths Einstellungen „maßgeblichen Eingang in die zentralen Diskussionsprozesse der Judengesetze des Preußischen Staates zwischen 1812 und 1847“<sup>[37]</sup> fanden. Bezüglich der von Beuth gehaltenen Tischrede betonten Rudolph/Schölzel, dass „deren antisemitischer Gehalt auch für die Ohren von Zeitgenossen eine ungewöhnliche Schärfe besitzt.“<sup>[38]</sup> Den Gutachtern gelang es in Archiven bislang unbekanntes Material zu erschließen, das den Antisemitismus Beuths auch nach 1811 belegt.

Die ursprüngliche Fassung des im Mai 2018 vorgelegten Gutachtens „enthielt eine irrtümlicherweise Beuth als Autor zugeordnete Quelle; einen Entwurf des Preußischen Staatsministeriums vom 29. März 1822. Dieses Dokument wurde Beuth zur Begutachtung vorgelegt, stammt aber nicht von ihm.“<sup>[39]</sup> Zum Irrtum führten, so die Gutachter Rudolph und Schölzel, Beschriftungen auf der Drucksache der staatsministeriellen Vorlage. Rudolph/Schölzel legten daraufhin im Juli 2019 eine korrigierte und überarbeitete Fassung ihres Gutachtens vor und untersuchten in der Neufassung im Sinne einer korrekten Einschätzung des Antisemitismus Beuths stattdessen die Reaktionen Beuths auf die Vorlage des Staatsministeriums vom 29. März 1822. Die Gutachter betonten in ihrer Neufassung: „Korrektur wie Aktualisierungen führen jedoch im Endergebnis, in der Gesamtschau, nicht zu einer anderen Beurteilung als sie in der ersten Fassung dieser historischen Einschätzung 2018 abgegeben worden ist: Beuths Haltung zum Judentum ist von einem - auch im zeitgenössischen Kontext - starken Antisemitismus geprägt.“<sup>[40]</sup>

## Thümer I

Auf die Stellungnahme von Bühl sowie auf das Gutachten von Rudolph/Schölzel reagierten die beiden Altpräsidenten Thümer und Ackermann mit einem Papier, welches sie Anfang Juni 2018 vorlegten und in dem sie die von Beuth gehaltene Tischgesellschafts-Rede als „extrem abstoßend“ und „widerlich“ bezeichneten.<sup>[41]</sup> Auch die von Schölzel und Rudolph vorgelegten Dokumente verdeutlichten, so die Altpräsidenten, die „antijüdische Haltung“ Beuths. Die Forderung nach einer Umbenennung der Hochschule teilten sie nicht, da die Judenfeindschaft Beuths ihrer Meinung nach nicht über den zur damaligen Zeit gängigen Antisemitismus hinausgehe. Es handele sich zwar um eine tiefe Abneigung gegen Juden, nicht aber um Hass.<sup>[42]</sup> Das Papier wurde von Thümer und Ackermann nach dem Beuth-Symposium vom 17./18. Januar 2019 zurückgezogen.

## Thissen

Im August 2018 legte der Stadtarchivar Kleves, Bert Thissen, eine „Prüfung des Sachverhalts und Handlungsempfehlung“ vor. Thissen gelangte zum Ergebnis, dass sich beim Antisemitismus Beuths Elemente eines primär modernen Antisemitismus mit althergebrachten religiös inspirierten Vorwürfen mischten. Der darin zum Ausdruck kommende Hass ließe sich nicht durch die Situation der „Stammtischrede“ relativieren.<sup>[43]</sup> Darüber hinaus belegten die von Rudolph/Schölzel aufgefundenen Dokumente,



Antisemitischer Schauprozess vor der Marienkirche auf dem Neuen Markt 1510, „Berliner Judenverbrennung“, Holzschnitt aus dem „Sumarius“

dass die Judenfeindlichkeit Beuths sich auch nach 1811 nachweisen ließe. Thissen unterstützte das Abhängen der Gedenktafel in Kleve, empfahl das Erwägen einer Umbenennung der Beuthstrasse in Kleve sowie die Entwicklung eines Konzepts, das die Ambivalenz Beuths im kollektiven Gedächtnis verankere.<sup>[43]</sup>

## Thümer II

Ende Oktober 2018 legte der Altpräsident Thümer ein neuerliches Papier vor. Die Überschrift „Christian Peter Beuth, ein Antisemit?“<sup>[44]</sup> des Papiers verdeutlicht die Intention des Altpräsidenten, der dazu überging, den Antisemitismus Beuths in Abrede zu stellen und mit der Behauptung aufwartete, seine Überprüfungen hätten ergeben, dass weder Nienhaus, Bühl noch Rudolph/Schölzel hierfür belastbare Belege vorgelegt hätten. Die Darlegung seines Papiers resümierte Thümer mit dem Satz, seine Ausführungen zeigten Beuth als eine Persönlichkeit, „die den Vorwurf Antisemit nicht verdient.“<sup>[45]</sup> Das Papier wurde von Thümer nach dem Berliner Beuth-Symposium vom 17./18. Januar 2019 zurückgezogen.

## Bühl II

Auf das Papier Thümers reagierte Bühl mit einem weiteren ausführlichen Statement und bezeichnete den zweiten Debatten-Beitrag des Altpräsidenten als Dokument der „offenen Leugnung historisch verbrieft Sachverhalte“. Er riet der Hochschulleitung auf einem Jour fixe der Präsidentin dazu, sich von einem solchen Versuch des Reinwaschen Beuths unmissverständlich und klar zu distanzieren, um Schaden von der Hochschule abzuwenden und forderte das Präsidium dazu auf, den Altpräsidenten Thümer nicht als Redner auf dem Abschluss-Podium des Beuth-Symposiums zuzulassen.<sup>[46]</sup> Die Forderung Bühls griff die Präsidentin nicht auf, sondern stützte vielmehr das neuerliche Papier Thümers, indem sie Bühls Papier als „nicht dem wissenschaftlichen Standard einer Hochschule entsprechend“ und Thümers Papier im gleichen Atemzug als „den wissenschaftlichen Anforderungen entsprechend“ gegenüber der Presse bezeichnete.<sup>[47]</sup> Während Bühl das Papier "Thümer II" als eine „Verharmlosung des christlichen wie völkischen Antisemitismus des preußischen Staatsbeamten Beuth“ bezeichnete, bewertete Rektorin Gross es als „wichtigen wissenschaftlich neuen Beitrag zur Debatte“.<sup>[48]</sup> Auch nachdem sich die gesamte Leitungsebene des Zentrums für Antisemitismusforschung Berlins hinter die Ausführungen Bühls gestellt hatte, revidierte die Präsidentin ihre öffentlich geäußerte Einschätzung nicht.

## Zentrum für Antisemitismusforschung

Hinter Bühls neuerliches Papier (Bühl II) sowie dessen Argumentation zu den Einwänden Thümers (Thümer II) stellte sich das Zentrum für Antisemitismusforschung (ZfA), das seinerseits eine umfassende Stellungnahme zu Thümers Papier vorlegte sowie online zur Verfügung stellte.<sup>[19]</sup> Das vom stellvertretenden Leiter des ZfA, Uffa Jensen, verfasste Gutachten betonte: „Zu Beuths Mitgliedschaft und Aktivitäten in der Tischgesellschaft besitzen wir eine vergleichsweise dichte Überlieferung, so dass es einigermaßen kurios ist, wie die Stellungnahme Thümer (Thümer II) versucht, historisch weniger kenntnisreichen Personen Sand in die Augen zu streuen. Beuth war nach gesichertem, historischen Kenntnisstand, für den die vorhandenen Quellen quellenkritisch ausgewertet worden sind, nicht nur Mitglied, sondern hat auch die besagte Rede gehalten.“<sup>[19]</sup> Jensen stellte fest, dass man verschiedene Meinungen vertreten könne, welchen Namen eine Universität tragen solle und es legitim sei, über solche Entscheidungen zu diskutieren und zu streiten. „Es ist allerdings unredlich“, so der stellvertretende Leiter des ZfA, „alternative Fakten zu suggerieren, Zweifel an gesicherten Erkenntnissen als wissenschaftliche Fragen zu verkleiden, weil man bestimmte politische Interessen verfolgt, ohne dass man überzeugende Gründe und Material für die eigene Sichtweise beibringen kann. Wie so oft, wenn es um Antisemitismus geht, scheint der Wille dominant zu sein, unangenehme Tatsachen über historische Personen nicht wahrnehmen zu wollen.“<sup>[19]</sup>

## Ackermann

Der Altpräsident der Beuth Hochschule Ackermann verfasste eine eigene Stellungnahme mit dem Titel „Über die Juden als Patronatsherren“ – Ch. P. W. Beuth?“ Das Fragezeichen im Titel sollte verdeutlichen, dass Ackermann die Autorenschaft Beuths bezüglich der Tischgesellschaftsrede ebenso wie Thümer in Abrede stellt. Im Fazit des Papiers heißt es: „Man muss m.E. davon ausgehen, dass Beuth eine solche Rede nicht gehalten, und dass er sie mit hoher Wahrscheinlichkeit auch nicht verfasst hat. (...) Aber vor allem inhaltlich kann es kein Manuskript von Beuth sein.“<sup>[49]</sup> Am 16. Januar 2019 verfassten die beiden Altpräsidenten Thümer und Ackermann eine Mail, die an diverse Pressevertreter geschickt wurde, in der es heißt: „Tatsächlich kommen demjenigen, der die Zeit und die Publikationen analysiert doch erhebliche Zweifel, ob sich die Vorwürfe gegen Beuth halten lassen.“<sup>[50]</sup> Zweifel äußerten Thümer und Ackermann in ihrer Mail nicht nur gegen die Befunde von Nienhaus, sondern ebenso an den Recherchen von Rudolph und Schölzel. In der Mail heißt es: „Inzwischen sind bei weiteren Recherchen in den Unterlagen des Geheimen Staatsarchivs erhebliche Zweifel an weiteren Beuth zugeschriebener antisemitischer Äußerungen entstanden.“<sup>[51]</sup> Die Befunde von Nienhaus erwiesen sich auch nach Überprüfung als zweifelsfrei und wurden von der Scientific Community verteidigt. Eine Überprüfung des Gutachtens von Rudolph und Schölzel ergab eine Beuth fälschlicher Weise zugeordnete Quelle. Die Gutachter verbesserten daraufhin ihr Gutachten, ohne indes zu einer neuen Sichtweise bzgl. des Antisemitismus Beuths zu gelangen.

## Beuths Antisemitismus

---

Die Beuth-Debatte brachte bislang unbekanntes Archivmaterial zu Tage sowie in der Forschung unberücksichtigte Dokumente aus der Jugendphase Beuths; sie lässt sich wissenschaftlich betrachtet als produktiv bezeichnen. Die Beschäftigung der Wissenschaftler Bühl, Rudolph, Schölzel, Thissen sowie Jensen mit der Person des preußischen Staatsbeamten im Kontext seines Agierens bezüglich der sogenannten "Judenemanzipation" führte zur Einschätzung, dass Beuth eine durchgängig negative Haltung zur rechtlichen Gleichstellung der Juden vertrat und diese obstruierte oder zumindest die Intention verfolgte, diesbezügliche Einschränkungen sowie zeitliche Verzögerungen so weit wie möglich durchzusetzen. Die Kontinuität der eingenommenen Position zeigt sich anhand der Stellungnahme Beuths zum sogenannten Raumerschen Entwurf zur "Judenemanzipation" (*erstes Dokument des Antisemitismus Beuths*), seiner Tischgesellschaftsrede (*zweites Dokument des Antisemitismus Beuths*) sowie seines Agierens als Mitglied des preußischen Staatsrats (*drittes Dokument des Antisemitismus Beuths*).

### Der Raumersche Entwurf zur "Judenemanzipation"

Der preußische Kanzler teilte aufklärerische Ansichten bezüglich der Judenemanzipation und betrachtete die Judenpolitik als Baustein seiner Reformvorhaben. Unzufrieden mit dem Stand der Dinge erteilte Hardenberg Ende 1810 dem Justizministerium den Auftrag einen neuen Entwurf zur "Judenemanzipation" zu erarbeiten, womit der Regierungsrat Friedrich von Raumer beauftragt wurde.<sup>[52]</sup> Der "Raumersche Entwurf" ging zwar über die bislang vorgelegten Entwürfe hinaus, schränkte die vorgesehene staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Juden indes gleichwohl ein. So sollte den Juden der Zugang zum Staatsdienst verschlossen bleiben. Der Raumersche Entwurf lässt sich als Dokument einer "aufklärerische Erziehungsdiktatur" im Geiste von Christian Konrad Wilhelm von Dohm (1751–1820) werten. Staatsbürgerliche Rechte sollten den Juden lediglich in sukzessiver Weise gewährt werden. Erst wenn die Juden "sich als würdig erwiesen", sollten weitere Schritte eingeleitet werden. Hardenberg bat die Ministerien um Stellungnahmen zum Entwurf Raumers. Mit der Bewertung des Raumerschen Entwurfs beauftragte der Finanzminister Philipp von Ladenberg den Beamten der Abgabensektion Christian Peter Beuth. Das "Gutachten der Abgabensektion im Finanzministerium zum 1. Raumerschen Entwurf" wurde am 11. April 1811<sup>[53]</sup> vorgelegt. Bezüglich der Beuth-Debatte handelt es sich um *das erste Dokument des Antisemitismus Beuths*. Der Antisemitismus tritt in der Beuthschen Bewertung des Raumerschen Entwurfs laut Bühl an vier Stellen zu Tage.<sup>[54]</sup>

*Erstens:* Auf Grund des Widerstands konservativer Kreise war zum gegebenen Zeitpunkt bereits geklärt, dass den Juden die Zulassung zum Staatsdienst verschlossen bleiben sollte. Obwohl dies nicht mehr zur Debatte stand, bemerkte Beuth gleich zu Beginn der von ihm vorgelegten Stellungnahme: „Die Frage an sich ist entschieden, daher bemerke ich nur: Zu Staats Aemtern würde ich die jetzt lebenden und deren Kinder nur bedingt admittiren.“<sup>[55]</sup> Beuth sah sich folglich dazu getrieben, seine eigene

ablehnende Haltung bezüglich einer weitreichenden Gewährung staatsbürgerlicher Rechte für die Juden explizit zum Ausdruck zu bringen sowie durch die Formulierung „und deren Kinder“ als generationenübergreifendes Konstrukt noch zu verschärfen und somit auf gänzlich unbestimmte Zeit zu vertagen.

*Zweitens:* Der Versuch, den Anteil der jüdischen Bevölkerung klein zu halten, wird an der Erschwerung jüdischer Existenz deutlich, wenn es heißt: „Kein Jude, der sich künftig etabliert, darf Handel treiben ausgenommen das erste Kind (oder besser ein Kind) eines Naturalisten, Generalprivilegierten, oder Ordinarii für seine Person.“<sup>[56]</sup>

*Drittens:* Während der Raumersche Entwurf vom Februar 1811 vorsah, die Tätigkeiten der Söhne von Juden im Handel wie im Gewerbe für die nächsten 10 Jahre einzuschränken<sup>[57]</sup>, kommentierte Beuth dies mit: „Die Zeit würde ich nicht bestimmen, in Frankreich waren die Juden nach 20jähriger Freyheit um nichts besser als vorher.“<sup>[58]</sup> Die Formulierung Beuths verdeutlicht, dass dieser sich von der Sichtweise des Kanzlers auf die Juden als "besserungsfähiger Gruppe" distanzierte und stattdessen die Rassifizierungstechnik der Essentialisierung bemühte, d. h. die Natur eines "ewig schlechten jüdischen Wesens" konstatierte, welches gegenüber jeglicher gesellschaftlich-sozialer Veränderung resistent sei.

*Viertens:* Die judenfeindliche Position Beuths kommt ebenso in Passagen zum Ausdruck, wo dieser mit diversen Mitteln darauf erpicht ist, die Anzahl "fremder Juden" soweit als möglich klein zu halten. So heißt es in seiner Stellungnahme: „Jeder durchreisende oder sich im Lande aufhaltende fremde Jude zahlt für den Aufenthalt 3 rth bis 6 rth monatlich“<sup>[59]</sup> sowie abwertend: „Fremde Juden dürfen sich nur dann fortdauernd in unseren Staaten aufhalten, wenn sie die (...) Bedingungen erfüllen. Sonst bleibt alles schon im Lande befindliche Gesindel, unter dem Deckmantel der Schutzjuden darinnen (...)“<sup>[60]</sup>



Karl August Fürst von Hardenberg (1750–1822), Promoter des Preußischen Judenedikts von 1812

## Beuth als Mitglied der Deutschen Tischgesellschaft

Die Mitgliedschaft Beuths in der von Achim von Arnim und Adam Heinrich Mueller gegründeten Deutschen Tischgesellschaft gilt in der Geschichtswissenschaft als eindeutig belegt, ebenso der Sachverhalt, dass Beuth vor den Tischgenossen zwischen Juni und Juli 1811 eine der schärfsten antisemitischen Reden hielt, deren Text sich in der Varnhagen-Sammlung der Universität Krakow befindet. Bezüglich der Beuth-Debatte handelt es sich bei der Tischrede um *das zweite Dokument des Antisemitismus Beuths*. Die qualitative Schärfe der Rede Beuths folgt laut Bühl<sup>[61]</sup> aus sechs Sachverhalten.

*Erstens:* Beuth greift in seiner Rede in Gestalt der Ritualmordlegende sowie der Legende des Hostienfrevels die schärfsten christlichen Topoi der Judenfeindschaft auf und bezieht sich affirmativ auf Johann Andreas Eisenmenger, einem der zentralen Wegbereiter des neuzeitlichen Antisemitismus, der die Juden ebenso der Brunnenvergiftung bezichtigte mit der Intention Christen auszurotten. Antisemitische Legenden, deren Wirkungskraft sich zur damaligen Zeit bereits abschwächten, erlebten dadurch ein Revival, zentrale judenfeindliche Fake News des Mittelalters wurden so in die Neuzeit transportiert. Für den Judenhass der Tischgenossen ist es symptomatisch, dass ihre Wortführer die mörderischsten Anschuldigungen des Mittelalters aufgriffen und ebenso literarisch wie beispielsweise in der Sammlung "Des Knaben Wunderhorn" verbreiteten.

*Zweitens:* Beuth legitimiert die Berliner Judenverbrennung von 1510, obwohl für einen Zeitgenossen des 19. Jhdt. der "Berliner Hostienschänderprozess" als antisemitischer Schauprozess sowie Justizmord erkennbar war, zumal bereits der Frankfurter Fürstentag von 1539 den Prozess wegen Unterschlagung von Zeugenaussagen verurteilt hatte. Beuth treibt darüber hinaus Spott mit den jüdischen Opfern, von denen 39<sup>[62]</sup> am 6. Juli 1510 öffentlich verbrannt wurden, wenn es in seiner Rede heißt: „Die Preußischen Juden haben gesetzlich eine Uniform erhalten, die sie nur nicht tragen, nämlich gelbe spitze Hüte. Als 24 Juden [eine



falsche Angabe Beuths] 1510 lebendig verbrannt wurden, trugen sie dergleichen sankt [laut] Angelus Strutiomontanus, wie solches Juden gebührt.“<sup>[63]</sup> Auch Beuths Bezug auf die von Andreas Angelus Strutiomontanus im Jahr 1598 verfasste "Chronik der Mark Brandenburg" belegt, dass Beuth die Berliner Judenverbrennung von 1510 gut heißt, zumal Strutiomontanus sich seinerseits affirmativ auf den Sumarius bezog, eine antisemitische Flugschrift aus dem Jahr 1511, die sowohl die Legende des Ritualmords wie des Hostienfrevels im Kontext des Berliner Prozesses verbreitete. Darüber hinaus spricht sich Beuth für die rassistische Markierung der Juden aus ("Judenhüte", "Judenfleck").

*Drittens:* Die Qualität des Antisemitismus der Rede Beuths besteht darin, dass es sich um politischen Antisemitismus handelt. Die Rede wird von einem Ministerialbeamten vorgetragen, der nur wenige Monate zuvor im April 1811 mit der Bewertung des 1. Raumerschen Entwurfs zur Judenemanzipation seitens des Finanzministeriums betraut war und der in einer Stellungnahme seine ablehnende Haltung bezüglich der rechtlichen Gleichstellung der Juden zum Ausdruck gebracht hatte. Die qualitative Schärfe der Rede besteht somit darin, dass es auch außerhalb des Stammtisches das Ziel Beuths sowie der Tischgenossen war, die Judenemanzipationsgesetzgebung Hardenbergs, die im Jahr 1812 gleichwohl erfolgte, soweit wie möglich aufzuweichen und der Redner diesbezüglich über eine politische Position verfügte, in welcher er zu agieren vermochte und auch agierte.

*Viertens:* Die qualitative Schärfe der vor der preußischen Elite vorgetragenen Rede zeigt sich in der hassgetränkten Rhetorik Beuths ("Christenkindern das Blut abzapfen") sowie in der Vision eines elementaren Existenzkampfes zwischen Christen und Juden. In der durchaus ernst gemeinten Vorstellung, dass die Juden den Plan verfolgten „uns auszurotten“ kündigt sich bereits der spätere verschwörungstheoretische Erlösungsantisemitismus an. In Beuths Rede heißt es ferner: „In der ewigen Verfolgung der Juden spricht sich die Göttlichkeit des Kristenthums, die ewige Strafe seiner Gegner aus.“<sup>[64]</sup>

*Fünftens:* Die Rede Beuths markiert eine historische Schnittstelle zum rassenbiologischen Antisemitismus, insofern selbige sich des völkischen Antisemitismus bedient. Für Beuth und die Tischgenossen wird "der Jude" auch durch die Taufe nicht zum Christen. Die Statuten der Deutschen Tischgesellschaft sahen folglich nicht nur den Ausschluss von Juden, sondern ebenso den von Christen jüdischer Herkunft vor.<sup>[65]</sup> Das Ziel der Deutschen Tischgesellschaft bestand in der nationalen Erneuerung Preußens per völkischer Homogenisierung, eine Vision, die mit ethnischen Gewaltphantasien sowie ausgeprägtem Franzosenhass einherging.

*Sechstens:* Die Rede Beuths weist in ihrem Sprachduktus überdeutlich Elemente des eliminatorischen Antisemitismus auf und bedient sich hierfür u.a. der animalisierenden Rassifizierungstechnik. Der eliminatorische Sprachduktus, der auch in den anderen Reden der Tischgenossen präsent ist, zeigt sich bei Beuth beispielsweise im Kontext der Frage: „Ob auch ein Prediger den Sohn eines Patrons beschneiden muss?“<sup>[66]</sup> in der diesbezüglich von ihm gegebenen Antwort: „so wird das verbluten, und verschneiden manches Judenjungens die wahrscheinliche und wünschenswerthe Folge davon seyn.“<sup>[67]</sup> Dehumanisierende



Verbrennung der jüdischen Opfer des Berliner Judenprozesses von 1510, Holzschnitt aus dem "Sumarius", gedruckt 1511



Des Knaben Wunderhorn, Titel und Frontispiz des Erstdrucks von 1808. Die Herausgeber Achim von Arnim und Brentano nahmen in ihre Sammlung kommentarlos die Hostienfrevellegende "Die Juden in Passau" auf.

Animalisierung bemühte Beuth, wenn er Juden mit Schweinen gleichsetzte, indem er den Verkehr eines Christen mit einer Jüdin als Sodomie ("Sodomia bestialis") bezeichnete und dafür die Todesstrafe als gerechtfertigt empfand.

## Beuths Agieren als Mitglied des Staatsrats

Im Dezember 1821 wurde Christian Peter Wilhelm Beuth zum Mitglied des preußischen Staatsrats ernannt. Am 28. April 1822 leitete Friedrich Wilhelm III. den „Entwurf einer Juden-Ordnung für das Großherzogthum Posen“, den das Staatsministerium am 29. März 1822 vorgelegt hatte, an den Staatsrat zur Beratung und Begutachtung weiter.<sup>[68]</sup> An den Beratungen sowie am Gutachten, das die Abteilungen des Königlichen Staatsrats für das Innere, Handel und Gewerbe (Beuths Abteilung), für die Justiz und für die Finanzen am 23. Dezember 1823 unterbreiteten, war Beuth maßgeblich, wenn nicht gar federführend, beteiligt. Dies belegt unter anderem der Sachverhalt, dass Beuth das Gutachten am 24. März 1824 in der Sitzung des Staatsrats vorstellte. Bezüglich der Beuth-Debatte handelt es sich um *das dritte Dokument des Antisemitismus Beuths*.<sup>[69]</sup>

In der Stellungnahme heißt es: „Wenn gleich die Mehrheit unter uns weit entfernt ist, den Juden alle staatsbürgerlichen Rechte einzuräumen, und zu ihren Gunsten Schritte zu wünschen, die zu keinem Ziele führen und nicht an der Zeit sind: so können wir alle es doch keineswegs angemessen halten, den Juden einer Menge von lästigen Bestimmungen und der Willkür der Behörden zu unterwerfen, die sich seit Jahrhunderten praktisch ganz erfolglos bewiesen haben (...). Maßregeln dieser Art bringen, wie jedes Gefühl der Unterdrückung, Widerstand hervor, erschweren den Uebergang der Juden zum Christenthum (dem einzigen Mittel, dem Judenthum ein Ende zu machen), und stempeln die Juden nur zu hartnäckigen Märtyrern ihres Glaubens.“<sup>[70]</sup> Wenngleich Beuth sowie seine Co-Autoren sich deutlich davon distanzieren, den Juden „alle staatsbürgerlichen Rechte einzuräumen“, gelangt das Gutachten des Staatsrats gleichwohl zum Resultat, eine besondere Gesetzgebung für das „Großherzogthum Posen, die Landstriche Culm und Michelau und die Stadt und das Gebiet Thorn“, wie es der Entwurf einer Juden-Ordnung des Staatsministeriums<sup>[71]</sup> vorsah, aus Gründen der Staatsräson abzulehnen. Eine gewisse Rechtsangleichung schien Beuth geboten zu sein, da ein zentralistischer Staat wie Preußen ein einheitliches Recht zugrunde legen sollte, ein Flickenteppich aus diversen Judenordnungen diffizile Probleme verursachte sowie dem von den Verfassern gehegten Wunsch, Berliner Juden mögen „ihren Wohnsitz nach Posen verlegen“<sup>[72]</sup>, abträglich war.

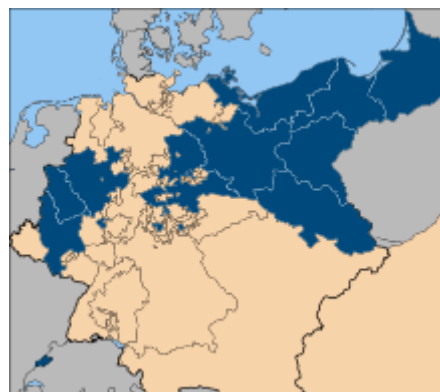
Der eigentliche Zweck ihres Unterfangens blieb jedoch der „Uebergang der Juden zum Christenthum“. Als maßgeblicher Co-Autor verschärfte Beuth die seinerzeit geläufige intentionale Haltung hinsichtlich einer Konversion der Juden in sprachlicher Hinsicht noch deutlich, wenn es heißt „dem Judenthum ein Ende zu machen“ sowie an anderer Stelle: „Ebenso ist nicht zu läugnen, dass eine mildere Behandlung den Uebergang zum Christenthum in dem Maße mehr herbeigeführt hat, als sie freier geworden, und so dass sicherste Mittel dargeboten hat, den *Untergang des Judenthums* nach und nach zu bewirken.“<sup>[73]</sup> Zwar war die vergleichsweise



Legende vom "Hostienfrevel" von Sternberg 1492. Fiktive Darstellung von Diebold Schilling 1513. Der Sternberger Hostienschänderprozess gilt als "Vorbild" für den "Berliner Hostienschänderprozess"



Darstellung des angeblichen Ritualmords an Simon von Trient im Jahr 1475, aus der Weltchronik Hartmann Schedels von 1493



Preußen um 1818 (dunkel markierte Flächen)

„mildere Behandlung“, die das Gutachten des Staatsrats aus Gründen der Staatsräson im Unterschied zum „Bericht des Königlichen Staatsministeriums“ auszeichnet, durchaus im Interesse der Posener Juden, gleichwohl knüpft die Schärfe des eliminatorischen Sprachduktus, die den religiösen wie kulturellen „Untergang des Judenthums“ als Zieloption propagiert, offen an den Judenhass der Tischgenossen von einst an. Der Kreis zur Rede Beuths im Jahr 1811 schließt sich, wenn im Gutachten des Staatsrats Gewaltphantasien artikuliert werden, die selbst die Körperlichkeit des Juden nicht außen vor lassen; so heißt es beispielsweise: „Ebenso ist nicht zu übersehen, wie die Juden theils durch die Befreiung vom Soldatenstande, theils durch minder lebensgefährliche Beschäftigungen, so wie endlich durch größere Regelmäßigkeit und Mäßigkeit in der Lebensweise, einer geringeren Sterblichkeit unterworfen sind.“<sup>[74]</sup> Im Unterschied zum Entwurf des Staatsministeriums eröffnet das Gutachten des Staatsrats allen Juden den Zugang zum Militär - dabei betonend: „zu Offiziersstellen können sie nicht gelangen“ -, zu „gefährlicheren Beschäftigungen“ sowie zur Tätigkeit des Schankwirts, um auf diese Weise gewissermaßen ihre „Sterblichkeit“ zu erhöhen sowie die „Überlebenden“ durch „mildere Mittel“ zu missionieren.

Die in der Rede von 1811 artikulierten Vernichtungsphantasien Beuths („so wird das verbluten, und verschneiden manches Judenjungens die wahrscheinliche und wünschenswerte Folge davon sein“) werden im Gutachten des Staatsrats ein weiteres Mal aufgegriffen, wenn Stellung zur Frage des Heiratsalters von Juden bezogen wird. Diesbezüglich heißt es: „Wir sind indeß der Meinung, daß hier [bzgl. des Heiratsalters] keine Veranlassung sey, für die Juden andre gesetzliche Bestimmungen als für die übrigen Staatseinwohner zu erlassen. Einmal müssen wir uns gegen die gewöhnliche Meinung erklären, als begünstigten die frühen Ehen der Juden ihre Vermehrung. Die frühen Ehen können nur schwächliche, der schnellen Sterblichkeit unterworfenen Kinder und eine früher eintretende Unfruchtbarkeit der Frau zur Folge haben.“<sup>[75]</sup> Beuth und seine Co-Autoren haben folglich nichts gegen ein früheres Heiratsalter bzw. eine Lockerung der diesbezüglichen Bestimmungen einzuwenden, da auch dies - wie bereits der einfache Militärdienst - zur „Verminderung der Juden beitragen wird“. „Schnelle Sterblichkeit“ und „frühere Unfruchtbarkeit“ das sind die antisemitischen Phantasien der Autoren, die für den Juden sowie das religiöse und kulturelle Judentum nur Vernichtung, Konversion sowie identitäts- bzw. gruppenauflösende Assimilation vorsehen. Das Gutachten der Abteilungen des Staatsrats, dessen Tenor maßgeblich die Position Beuths wiedergegeben dürfte, ist keineswegs geprägt von einem Denken der Toleranz (oder gar des Respektes) sondern misst vielmehr die jeweils einzuschlagenden politischen bzw. behördlichen Maßnahmen an der Effektivität bezüglich der Vernichtung der jüdischen Kultur, des mosaischen Glaubens sowie der Potentialität der anvisierten Konversion. Auf dieser Bewertungsgrundlage gelangen Beuth und seine Co-Autoren zu dem Schluss, dass der „Entwurf einer Juden-Ordnung“ des Preußischen Staatsministeriums ungeeignet sei und legen einen eigenen „Entwurf einer Juden-Ordnung für das Großherzogthum Posen“ vor.



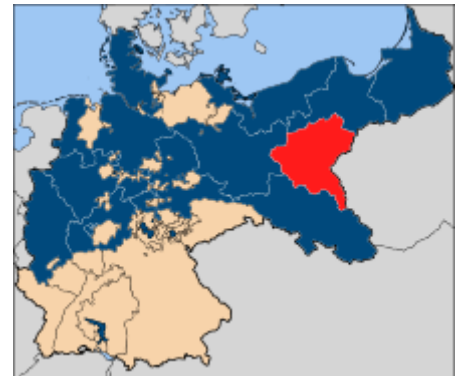
Friedrich Wilhelm III., König von Preußen (1797-1840)

In judenpolitischer Hinsicht folgt das Gutachten des Staatsrats weitgehend der seinerzeit geläufigen Konzeption der „Erziehungsdiktatur“, die diesbezügliche Argumentation der „Verbesserung der Juden“ verfängt sich argumentativ indes hochgradig in Widersprüche, da die bereits bei den Tischgenossen zu Tage tretende völkisch-biologistische Position, die den Juden in essentialistischer Weise eine „statische Natur“ attestierte, auch in der Stellungnahme präsent ist und folglich zu immanenten Unstimmigkeiten führt. Beuth und seine Co-Autoren bedienen darüber hinaus das Stereotyp vom sog. „Ostjuden“, wenn es in zugleich antijüdischer wie antipolnischer Attitüde heißt: „Wird der Jude einer Gegend lästiger, als der anderen, so scheint uns dies seinen Grund darin zu haben, daß der Kultur-Zustand des Landes, der Charakter oder die Bildung seiner Einwohner die gewohnten Beschäftigungen der Juden mehr oder minder begünstigen.“<sup>[76]</sup> oder etwa der Wunsch gehegt wird, der in Preußen sesshafte Jude möge sich in den Osten begeben, um unter den Posener Juden angesichts des „geringeren Kultur-

Zustands“ dort „Aufklärung zu verbreiten.“<sup>[77]</sup> Beuth trug so mit dazu bei, das negativ geprägte Bild vom „Ostjuden“ zu generieren, wobei es für die Bewertung des Sachverhalts unerheblich ist, dass der Terminus als solcher sich erst später einbürgerte. Die Existenz des Tatbestands der „Hetze“ gegen die „polnischen Juden“ ist nicht davon abhängig, ab wann das Etikett „Ostjude“ für die damit verbundenen Pejorative geläufig wurde.

Der Kreis zur deutschen Tischgesellschaft schließt sich erneut, wenn das Gutachten die in der Rede Beuths von 1811 gestellte Frage aufgreift, ob auch ein jüdischer Gutsbesitzer über Patronatsrechte verfügen soll. Die Antwort ist bezeichnend dafür, dass Beuth und seine Co-Autoren einzig in Kategorien der preußischen Staatsräson dachten, lediglich den jeweiligen wirtschaftlichen wie religiösen Nutzen („Konversion“) ihrer Empfehlungen vor Augen hatten. So sollen Juden zwar weitgehend uneingeschränkt ihre durch Handelsgeschäfte erworbenen Gelder in Güter investieren können, ohne indes auf ihren Anwesen Patronatsrechte ausüben zu dürfen.

In der korrigierten und überarbeiteten Neuauflage ihres Gutachtens gelangen Rudolph/Schölzel zum Resümee: „In diesem höchsten und zentralen Beratungsgremium des preußischen Staates [dem Staatsrat] prägt Beuth in der Zeit nach dem Erlass des Juden-Edikts von 1812 und bis zu einer Unifizierung des Judenrechts 1847 die politischen Entscheidungen zum Umgang mit der jüdischen Bevölkerung in den Territorien der preußischen Monarchie ganz wesentlich mit (eine schrittweise Umsetzung der Emanzipation erfolgt erst nach der Revolution von 1848). Beuths Haltung ist dabei im zeitgenössischen ableitbaren Spektrum möglicher Haltungen als konservativ und rigide jüdenfeindlich zu kennzeichnen; durchbrochen lediglich von Vorschlägen zu wirtschaftsliberaleren Regelungen und einer Unifizierung des Rechts gegenüber Juden im Königreich Preußen nach 1815. Diese sind jedoch nicht von einem aufklärerischen Toleranzdenken durchzogen, sondern sollen einer 'Staatsräson' nützen, die sich der Juden bedienen will und zugleich die Vernichtung ihres Glaubens und ihrer Kultur anstrebt. Christlicher Jüdenhass wird dabei von Stereotypen schrittweise begleitet, die eher biologistisch determinierten Haltungen folgen.“<sup>[78]</sup>



Lage der Provinz Posen in Preußen (rot markierte Fläche)

## Ursachen für Beuths Antisemitismus

Auf der Suche nach der Antwort auf die Frage, woher Beuths Antisemitismus stammt, wie er sich erklären lässt und welche Motive diesem zugrunde lagen, legte Bühl ein weiteres Papier mit dem Titel "Bemerkungen zum antisemitischen Psychogramm Beuths"<sup>[79]</sup> vor, das er als "wissenschaftliche Spekulation" bezeichnete. Die Mutmaßungen stützen sich auf eine unveröffentlichte Schriftensammlung aus dem Nachlass von Johann Arnold Kopstadt (1753–1833), einem Zeitgenossen Beuths. Das Stadtarchiv Kleve hatte die Handschriften Kopstadts im Jahr 2013 erworben.<sup>[80]</sup> Auf der Basis des Archivmaterials aus Kleve nennt Bühl drei relevante Faktoren, die er als maßgeblich für Beuths Antisemitismus betrachtet.

*Erstens:* Der ausgeprägte Karrierismus Beuths, der u.a. ein Resultat der Sozialisation väterlicherseits darstellte. Folgt man den Handschriften Kopstadts<sup>[81]</sup>, so lässt sich der Vater des preußischen Ministerialbeamten zwar als autoritär bezeichnen, fiel indes seinerseits nicht durch Antisemitismus auf und war den „Gedanken der Franzosenzeit“ sowie dem „Freidenkertum“<sup>[82]</sup> gegenüber eher recht aufgeschlossen.<sup>[83]</sup> Als Erziehungsmethoden praktizierte er alles, was er als „nützlich“ für den Werdegang seines Sohnes betrachtete. Die Förderung der Karriere des Nachwuchses war das ein und alles der väterlichen Pädagogik. Die



Beuths niederrheinische Geburtsstadt Kleve, das Wahrzeichen der Stadt: Die Schwanenburg. Auf der Suche nach einer Antwort auf die Frage, woher Beuths Antisemitismus stammt ...

Erziehung des Vaters lässt sich als utilitaristische Praxis bezeichnen, welche die Intention verfolgte, den Sohn dazu zu befähigen sich optimal zu positionieren.<sup>[84]</sup> Hierzu zählte auch die Vermittlung der Fähigkeit, politische Kräfteverhältnisse einschätzen zu können. Der Sohn sollte lernen heute so zu agieren, das ihm dies unter veränderten Konstellationen morgen einen Karrierevorteil versprach.<sup>[85]</sup> Typisch hierfür war, dass Vater Beuth den Sohn zum Studium nach Berlin bzw. Halle schickte, also bewusst in den „preußischen Rumpfstaat“, was als strategische Positionierung für die „Nach-Franzosen-Zeit“ gedacht war.<sup>[86]</sup> Die Weitsicht des Vaters hat Beuth verinnerlicht. Als preußischer Beamter wandte er sich nicht zuletzt fakultativen Aufgaben zu, die er als nützlich für den preußischen Staat empfand und die ihn zugleich unersetzlich machten, so dass er im Jahr 1821 sein beharrlich anvisiertes Ziel, Mitglied des Staatsrats zu werden, erreichte. Zehn Jahre zuvor erstarkte im Verlauf der Jahre 1810/1811 der Antisemitismus in relevanten Teilen der preußischen Elite derart, dass Beuth das vom Vater erlernte Karriere-Muster anwandte. Der Anschluss an einen mächtigen jüdenfeindlichen Kreis wie der Deutschen Tischgesellschaft versprach Vorteile für die eigene Zukunft. Gemäß der internalisierten väterlichen Erziehungspraxis erweist sich Beuth als weitsichtig. Die Chance, sich einer höchst mächtigen Gruppierung anzuschließen, lässt sich Beuth, der zur Karriere erzogen wurde, nicht entgehen.

Zweitens: Die sexualisierende Diffamierung Beuths in Kleve, seine von ihm negativ antizipierte homosexuelle Veranlagung und die damit verbundene Spaltungsabwehr in einem männlich-militaristischen Umfeld. Die Handschriften Kopstadts legen eine Spaltungsabwehr Beuths gepaart mit jüdenfeindlicher Projektion nahe. Im homophoben Umfeld Kleves der damaligen Zeit wurde Beuth mit Termini wie: „Eunuch“, „Impotenz“, „mädchenhafte Gestalt“ und „Eunuchen-Ehe“ diffamiert. In Kleve war Beuth „der nicht richtige Mann“, der „mädchenhafte Knabe“, der „Zwitter“, der „Hermaphrodit“, die „zarte Person“ mit dem „Kindesgesicht“. Bei Kopstadt lautet eine diesbezügliche Schlüsselstelle:

„Als Knabe und Jüngling habe ich denselben während meines Hierseyns seit 1781 allerdings oftmals gesehen und persönlich gekannt, wobei mir in seiner Erziehung seine Kleidung und seine Sprache immer sehr auffallend gewesen, indem man in beiden das Geschlecht an ihm fast nicht zu unterscheiden vermochte und er überdies von mädchenhaftem, sehr schwachen und zarten Körperbau war, und wenn ich nicht zufällig in Concerten den Klang seiner singenden Stimme als in das Männliche übergehend vernommen gehabt hätte, so würde ich ihn wenigstens für einen Hermaphroditen gehalten haben.“<sup>[87]</sup>

Die Handschriften Kopstadts offenbaren, dass die Gegenstrategie Beuths in einem besonders forschenden männlichen Auftreten bestand.<sup>[88]</sup> Die Deutsche Tischgesellschaft, die Frauen von vornherein ausschloss, die eine antifeminine Zotenkultur pflegte, war Beuth auf den Leib geschnitten. Hier konnte er "seine Männlichkeit unter Beweis stellen", ganz und gar zeigen, dass er durchaus in der Lage war "taff aufzutreten", den "männlichen Ton" zu schwingen.

In einer weiteren Schlüsselstelle heißt es bei Kopstadt:

„[Beuth] hat einst vor einigen Jahren ein liebenswerthes Mädchen heyrathen wollen, und aus einem großen Enthusiasmus für seine übrige Eigenschaften stimmte sie ein, weil er aber unvorsichtigweise sich selbst der Impotenz bey ihr angeklaget und sie zu einer Bedingung ihres Ehevertrages gemacht zu haben [scheint?], so willigte ihr Vater in eine solche Eunuchen-Ehe nicht und nötigte die Tochter dem bloßen Geist des Bräutigams ganz zu entsagen. Den treflichen und ehrgeizigen Mann hat dieses geflochtene Resolution freylich sehr tief geschmerzt. War er aber wirklich Eunuch, wie seine Stimme und seine obgleich lange und hagere, aber doch etwas mädchenhafte Gestalt wohl nicht undeutlich verrieth, daß dieses Vorgeben Wahrheit seyn könnte,



Prädispositive Faktoren des Beuthschen Antisemitismus: Karrismus, Spaltungsabwehr im Verbund mit Projektion sowie pietistisch-christliche Motive des Judenhasses im Kontext des historischen Zeitbezugs („Franzosenzeit“, „Befreiungskriege“, „völkischer Nationalismus“, „anti-aufklärerische wie antifranzösische Romantik“)

dann muß er freilich die Schuld seiner Unbesonnenheit tragen und da er kränkelnd zu seyn scheint, und vielleicht an Lungensucht leidet, so sagt man sey sein Entschluß nunmehr längst gefaßt, immer ledig zu bleiben. Dagegen aber ist er – wie gesagt – einer der thätigsten Staatsbeamten, Stifter und Director des polytechnischen Faches im Preußischen Staate.“<sup>[89]</sup>

Zwar stimmt Bühl mit Thissen, dem Stadtarchivar Kleves, dahingehend überein, dass etliche Passagen bei Kopstadt aus „lokalem Tratsch“ bestehen, betont indes, dass Kopstadts Ausführungen gleichwohl viel über Beuths Umfeld in der damaligen Zeit aussagen, zumal es sich bei Kopstadt um einen großen Bewunderer Beuths handelte. In der preußisch-militaristischen Gesellschaft hätten solche Bemerkungen höchst gefährliche Narrative dargestellt, zumal wenn diese sich auf eine Person bezogen, die ihre Stellung in der Gesellschaft erst noch finden musste. Es sei auffallend, dass Kopstadt nicht nur die homosexuelle Veranlagung Beuths in seinen Handschriften durchklingen lasse, sondern an diversen Stellen ebenso den Sachverhalt anspreche, dass Beuth dafür immer und immer wieder mit Termini wie „androgynen Figur“, „Hermaphrodit“ und „Zwitter“ bezichtigt wurde.

Die Spaltungsabwehr auf Seiten Beuths paarte sich laut Bühl mit antisemitischer Projektion. „Insofern zu Beuths Zeiten ‚der Jude‘ hochgradig mit den Termini des ‚Hermaphroditen‘, des ‚Eunuchen‘, des ‚Impotenten‘, des ‚Androgynen‘ konnotiert war<sup>[90]</sup>, liegt hier die Verbindung zwischen der Spaltungsabwehr der homosexuellen Veranlagung und dem Antisemitismus Beuths. Die eigene Veranlagung wird auf ‚den Juden‘ projiziert, insofern dieser dasjenige im öffentlichen Diskurs darstellte, was man Beuth vorhielt.<sup>[91]</sup> Indem ‚der Jude‘ öffentlich wortstark bekämpft wird, generiert sich Beuth als der echte ‚taffe Mann‘ und spaltet so seine homosexuelle Veranlagung ab. Im Vernichtungswahn gegen den Juden wird die androgynen Seite, das ‚Hermaphroditische‘, ja all das abgetötet, was ‚böse Stimmen‘ in Kleve in diffamierender Weise artikulierte.“<sup>[92]</sup>

Bühl interpretiert in diesem Kontext den Nichtjuden Beuth als "Fall Weininger" und weist auf zahlreiche diesbezügliche Parallelen wie auf die Gemeinsamkeit des parallel vorhandenen Frauen- und Judenhasses sowohl beim Juden Weininger als auch bei Beuth hin. Bühl kritisiert in diesem Kontext die bisherige Technikgeschichtsschreibung als homosexuellenfeindlich, da diese in diversen Biografien und Beiträgen die Veranlagung Beuths stets bewusst verschwiegen habe, so als sei dies etwas, wofür der "Veranlagte" sich zu schämen habe. Biographische Beiträge hätten bislang mit keiner einzigen Bemerkung auf Beuths Homosexualität hingewiesen, auch wenn dies in nicht-markierender bzw. nicht-rassifizierender Weise zu geschehen habe. Bühl verweist in diesem Kontext auf das von Friedrich Schinkel im Jahr 1837 gemalte Bild "Allegorie auf Beuth, den Pegasus reitend" sowie auf das Verhältnis Beuths zu Schinkel. An dieser Stelle heißt es im Papier:

"Im Sinne einer ‚wissenschaftlichen Mutmaßung‘ gehen wir also davon aus, dass eine homosexuelle Veranlagung bei Beuth vorhanden war, dass wir es (...) mit einer Spaltungsabwehr seiner Veranlagung in der Jugend und mittleren Lebensphase zu tun haben. (...) Eine solche Spaltungsabwehr ist vor allem in Lebensphasen hochgradig ausgeprägt, in denen die als negativ konnotierten Eigenschaften als bedrohlich für die gesellschaftliche Integration sowie für die soziale wie berufliche Karriere betrachtet werden. Im Jahr 1837 ist Beuth 56 Jahre alt. Er hat alles erreicht, was er beruflich erreichen konnte. Seine berufliche Position wie seine gesellschaftliche Stellung sind gefestigt, er ist hochgradig integriert. (...) In dieser Phase seines Lebens malte ihn sein Freund Schinkel. Das Bild greift die Motive Kopstadts auf. Ein nackter Beuth, dessen Körper (in konstruktivistischer Hinsicht) eher dem



Spaltungsabwehr bei Beuth als „Fall Weininger“: Frauen- und Judenhass bei Otto Weininger (1880–1903)



Homoerotisches, mythologisch-maritimes Motiv des Brückengeländers der Berliner Schloßbrücke, nach Schinkels Entwurf

einer Frau gleicht, reitet auf einem Pegasus, dem mythologischen Mischwesen überhaupt. Kopstadt's Terminus des Hermaphroditen, seine Anspielung auf Beuths homosexuelle Veranlagung, die homosexuelle Beziehung Beuths zum verheirateten Schinkel all dies wird hier unverblümt angedeutet, doch für Beuth stellt dies im Unterschied zu den Narrativen in Kleve keine Gefahr mehr dar. Der gefühlte oder auch reale Zwang in einem homosexuellenfeindlichen Umfeld zur Abspaltung bestand nicht mehr in dem Maß, zumal auch der Beziehungspartner höchst angesehen und integriert ist, so dass durch diesen Sachverhalt gleichfalls eine gesellschaftliche Absicherung gegeben war. Motive der Homosexualität, der Androgynität, des Hermaphroditischen griff der Beziehungspartner Schinkel ebenso höchst offensiv bei der Gestaltung des Brückengeländers sowie der Figuren der Berliner Schloßbrücke auf."<sup>[93]</sup>



Homoerotische Skulptur der Berliner Schlossbrücke, nach Schinkels Entwurf

*Drittens:* Der Pietismus und dessen Bezugspunkte zum Antisemitismus. Insofern dieser dritte relevante Faktor für Beuths Antisemitismus u.a. über die Erforschung der Historie der Burschenschaften sowie des geistig-kulturellen Klimas in Halle-Wittenberg in der Literatur hinlänglich erforscht sind und es bekannt ist, dass Beuth seit 1799 Mitglied des Corps Guestphalia Halle war, verweist Bühl diesbezüglich lediglich auf die entsprechende Literatur.

## Akteure der Berliner Debatte

Bei den Akteuren der Debatte in Berlin handelt es sich sowohl um diverse Statusgruppen innerhalb der Beuth Hochschule (Präsidium, Professoren, AStA, Fachschaften, Studierende) wie um externe Wissenschaftler (Uffa Jensen, Stefanie Schüler-Springorum, Thomas Stamm-Kuhlmann, Andreas Nachama u.a.) sowie um "Jüdische Stimmen" (Itai Boeing, Sergej Lagodinsky, Salomea Genin, Sigmount Königsberg). Die Akteure treten sowohl als Einzelpersonlichkeiten oder/und als Mitglieder von Initiativen, Institutionen oder Organisationen in Erscheinung.

## Die Umbenennungsinitiative

Die fachbereichsübergreifende Initiative zur Umbenennung der Beuth Hochschule für Technik Berlin wurde am 8. Oktober 2018 gegründet. Zu den Gründungsmitgliedern zählen die Professoren Heiner Brockmann, Achim Bühl, Dieter Gloede, Susanne Junker, Matthias Schmidt, Hans Schmitz sowie der Dekan des Fachbereichs Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften Werner Ullmann. In ihrem Selbstverständnis nimmt die Initiative aktiv am Beuth-Diskurs teil, klärt über Hintergründe auf und informiert über die Medienresonanz. Die Initiative organisiert Veranstaltungen und versteht sich als Sprachrohr der Befürworter und Befürworterinnen einer Umbenennung. Sie unterhält darüber hinaus eine Informationsplattform<sup>[94]</sup> über die es zum Streit zwischen der Initiative und dem Präsidium kam, da die Hochschulleitung sich weigerte, hierfür eine zentrale Page der Hochschule zur Verfügung zu stellen, so dass die diesbezüglichen Infos und News der Initiative auf einer Unterseite des Web-Auftritts des Hochschullehrers Matthias Schmidt erschienen.



Beuth Hochschule für Technik Berlin, Haus Bauwesen

## Die studentische Initiative

Die "Studentische Initiative für einen schönen Hochschulnamen" der BHT Berlin hat sich im Wintersemester 2018/19 konstituiert, sie unterhält eine eigene Website zum Thema mit diversen Infos und ist im Vorfeld sowie während des Beuth-Symposiums mit Verhüllungsaktionen, Anti-Beuth-Buttons und Anti-Beuth-Aufklebern sowie einem Comic in Erscheinung getreten.<sup>[95]</sup>

Die Initiative vertritt die Position, dass sich die Hochschule mit dem Namen Beuth nicht länger "schmücken" dürfe und setzt sich aktiv für eine Umbenennung ein. Die Initiative wird vom AStA der Beuth Hochschule unterstützt.

## Studentische Selbstverwaltung

Seitens der studentischen Selbstverwaltung liegen sowohl vom ASTA der Beuth Hochschule für Technik Berlin als auch vom Studentenparlament Beschlüsse zugunsten einer Umbenennung der Hochschule vor.

### Allgemeiner Studierendenausschuss (AStA)

Der AStA der Beuth Hochschule veröffentlichte bislang zwei Stellungnahmen zur Beuth-Debatte. In der ersten Stellungnahme vom 8. Juli 2018 forderte der AStA eine kritische Aufarbeitung des Sachverhalts und warf die Frage auf, ob angesichts der antisemitischen Hetze Beuths der Name der Hochschule trotz der reformerischen Wirkung des preußischen Staatsbeamten auf das Bildungssystem in Berlin und Brandenburg sowie dessen Beiträgen zur industriellen Entwicklung Preußens noch tragbar sei.<sup>[96]</sup> Am 17. Juli 2018 beschloss der AStA auf Antrag der Autonomen Linken Liste, da wo es möglich ist, auf den Namen „Beuth“ im öffentlichkeitswirksamen Bereich zu verzichten und für den Namen der Hochschule das Kürzel „BHT“ zu verwenden.

Der AStA wolle, so hieß es, mit dem Beschluss als gutes Beispiel vorangehen und ein Zeichen gegen jede Form von Diskriminierung, Rassismus und Repression setzen, er wünsche sich, dass auch die Hochschule dem Beispiel folge und eine Umbenennung ernsthaft in Betracht ziehe.<sup>[97]</sup>

In einer zweiten Stellungnahme vom 7. Februar 2019 resümierte der AStA die bisherige Debatte sowie das Beuth-Symposium vom 17./18. Januar 2019 und forderte angesichts einer Zeit, in der rechtsradikale Kräfte in Deutschland und an den Berliner Hochschulen und Universitäten wieder präsent seien, dazu auf, die Hochschule umzubenennen, zumal der Antisemitismus Beuths wissenschaftlich gesehen nunmehr eindeutig belegt sei. Der AStA forderte „das Präsidium der Hochschule ferner dazu auf, sich endlich selbst öffentlich zu den Fakten zu positionieren.“<sup>[98]</sup>

### Studierendenparlament (StuPa)

Eine Stellungnahme zur Beuth-Debatte verabschiedete auch das Studierendenparlament der Hochschule. In der Erklärung des StuPas vom 8. Februar 2019 heißt es: „Zum jetzigen Zeitpunkt ist unbestreitbar: Beuth war Antisemit. Messen können wir Beuth nicht an den Maßstäben der heutigen Zeit, aber wir können uns fragen, wer wir als Hochschule sein wollen und für welche Werte wir stehen. Am Ende der Debatte steht für uns die einzig wichtige Frage: können wir es dulden, den Namen eines Antisemiten zu tragen, Beuth nach außen als Leitfigur und Vorbild darzustellen? Wir glauben: Nein. Es ist mit dem Anspruch der Hochschule als Ort der angewandten Wissenschaften und zur Prägung zukünftiger gesellschaftlicher Entwicklung durch Forschung und Lehre nicht vereinbar. Deswegen spricht sich das Studierendenparlament für eine Umbenennung der Hochschule aus.“<sup>[99]</sup>

## Das Präsidium der Beuth Hochschule



Anti-Beuth-Aufkleber der "studentischen Initiative für einen schönen Hochschulnamen"



Das Präsidium der Beuth Hochschule verstand seine Aufgabe bislang darin, einen offenen und transparenten Diskurs zu führen, an dem alle Mitglieder der Hochschule teilhaben sollen. Als Mittel hierfür wurden Jour fixe sowie ein zweitägiges Symposium gewählt sowie eine Umfrage unter Hochschulmitgliedern und Studierenden. Seitens der Politik wie dem Wissenschafts-Staatssekretär Steffen Krach (SPD) und aus Teilen der Hochschule erhielt das Präsidium Lob für seine Vorgehensweise. Seitens der Umbenennungsinitiative stieß der Fakt auf Unverständnis, dass sich die Präsidentin hinter das zweite Papier des Altpräsidenten Thümer stellte und dieses als „wichtigen wissenschaftlich neuen Beitrag zur Debatte“<sup>[100]</sup> bezeichnete. Eine Distanzierung seitens des Präsidiums vom zweiten Papier des Altpräsidenten erfolgte auch nicht, nachdem Bühl als auch Jensen vom ZfA feststellten, dass dieses „kein wissenschaftliches Gutachten“ sei, sondern ein Text „voller Ungenauigkeiten und Verfälschungen“<sup>[101]</sup>, der den Antisemitismus Beuths in Abrede stelle und verbrieft historische Tatbestände leugne.

Der zum 1. Oktober 2019 neu gewählte Hochschulpräsident Werner Ullmann sprach sich am Tag nach seiner Wahl medienwirksam für eine Umbenennung der Hochschule aus.<sup>[102]</sup>

## Die Beuth-Arbeitsgruppe der Präsidentin

Die Präsidentin der Beuth Hochschule Monika Gross berief eine statusübergreifende Arbeitsgruppe ("AG Diskurs Beuth") bezüglich der Problematik des Antisemitismus des Namensgebers der Bildungsinstitution, welche bislang elf Sitzungen durchführte. Als Debatten-Teilnehmer bzw. Experten geladen waren u. a. die Gutachter Rudolph/Schölzel und Bühl, der stellvertretende Leiter des ZfA Jensen, der Altpräsident Thümer sowie der geschäftsführende Direktor der Stiftung Topographie des Terrors, Andreas Nachama. Protokolle der Sitzungen sind nur für Hochschulangehörige einsehbar. Die "Arbeitsgruppe Diskurs Beuth" verständigte sich darüber, eine Umfrage zur Thematik unter den Beschäftigten wie Studierenden durchzuführen, die im März 2019 erfolgte.

## Die Altpräsidenten der Beuth Hochschule

Die Altpräsidenten Thümer und Ackermann verfassten mehrere Stellungnahmen zur Beuth-Debatte (vgl. Thümer I, Thümer II, Ackermann). Seine zweite Stellungnahme (Thümer II) schickte Thümer u. a. an den Experten für die deutsche Romantik Nienhaus sowie an die Bürgermeisterin der Stadt Kleve. Der Germanist Nienhaus warnte Thümer davor, dass dessen Ruf Schaden nehmen werde, wenn dieser zwecks Verteidigung des Namenspatrons der Hochschule dazu übergehe, den Antisemitismus des preußischen Ministerialbeamten zu leugnen.<sup>[103]</sup> Thümer nahm an der Podiumsdiskussion des Beuth-Symposiums teil und erhielt umfassend Gelegenheit seine Ansichten darzulegen. Wenige Tage nach dem Beuth-Symposium zogen Thümer und Ackermann ihre bislang vorgelegten Papiere zurück.

## Die Antagonisten der Umbenennung

Als Gegner der Umbenennung der Beuth Hochschule für Technik trat außer den Altpräsidenten auf einem Blog der Politikerin und Publizistin Vera Lengsfeld der Autor der Internet- und Blogzeitung "Die Freie Welt" Wolfgang Hintze in Erscheinung. Hintze schrieb, wer angesichts der Umbenennungsdebatte an "Bilderstürmerei" denke, lege falsch. „Der progressive Neumensch denkt stattdessen verzückt an die Kulturrevolution des großen Führers Mao Tse Tung.“<sup>[104]</sup> Neben den "Klassikern des Antisemitismus" wie Luther, Bach, Wagner, Fichte usw. kämen als vergleichbare Kandidaten einer "progressiven Säuberung" die Berliner Romantiker Brentano und Arnim hinzu. „Ich sehe schon“, so Hintze, „wie in Wiepersdorf deren bronzene Grabplatten Opfer von Stechbeitel und Brecheisen der progressiven Aktivisten werden (...).“<sup>[104]</sup> Als Antagonist trat auch der Publizist Götz Aly in Erscheinung. In einer Kolumne der Berliner Zeitung betitelt mit "Grüner Angriff auf Berliner Straßennamen" schrieb Aly: „Beflügelt von lokalen Linken und SPDlern, wollen sich die Berliner Grünen abermals an den Straßennamen unserer Stadt vergreifen. Sie treibt Wichtigtuerei an, ebenso der totalitäre Irrglauben, sie gehörten zum besseren Teil der Menschheit, und das Bedürfnis, das links-bunte Banner der Begriffshoheit siegreich zu hissen. Für wirklich wichtige Fragen interessieren sich diese Politiker selten.“<sup>[105]</sup> Bezug nehmend auf die Beuth-Debatte heißt es ironisch: „Als Erstes wäre das von Karl Friedrich Schinkel geschaffene Denkmal auf dem Kreuzberg abzureißen. Es erinnert an die antinapoleonischen Kriege, an die siegreichen

Schlachten, an die Helden und Gefallenen. Konsequenterweise wäre auch Schinkel, der Schöpfer des Eisernen Kreuzes, – im Weltbild der Kreuzberger Grünen vermutlich ein Ästhetisierer 'preußischer Blutsäue' – aus dem Stadtbild zu tilgen. War er doch zudem eng mit Peter Christian Beuth (Antisemit!) befreundet!<sup>[106]</sup> Des Weiteren sprach Aly von „weltanschaulich erregten und vernagelten Köpfen unserer grünen Säuberungsideologen“, "wahrhaft teutonischem grünen Säuberungsfuror" sowie von „engherzigen und intoleranten Exterminatoren und Exterminatorinnen“.<sup>[107]</sup> Aly hatte bereits zuvor die Umbenennung der Universität Greifswald kritisiert ("Ernst Moritz Arndt leider weggesäubert").<sup>[108]</sup> Von "linker Bilderstürmerei" redete ebenso die Berliner AfD-Fraktion.



Gegner der Umbenennung Götz Aly:  
"Totalitärer Irrglaube",  
"Säuberungsideologen", "engherzige  
und intolerante Exterminatoren und  
Exterminatorinnen" ...

Die Altpäsidenten Thümer und Ackermann betonten, dass sie über einen „Unterstützerkreis“ verfügten, ohne diesen indes zu benennen. In ihrem zweiten Papier bezogen sie sich auf den Philosophen Christoph von Wolzogen, der in einem Papier mit dem Titel „Dem Fleiß alles ... Christian Peter Wilhelm Beuth und die jüdischen Mitglieder des Vereins zur Beförderung des Gewerbefleißes in Preußen“ schrieb: „Zu Christian Peter Wilhelm Beuth (1781–1853) scheint alles schon gesagt, vor allem zu seiner Rolle als Promotor der Gewerbeförderung in Preußen. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, dass in der bisherigen Literatur die Rolle der jüdischen Unternehmer im Gewerbeverein noch nie gewürdigt worden ist. (...) Es ist deshalb für die Würdigung der Persönlichkeit von Beuth überaus wichtig, seine Aufnahmepolitik gegenüber jüdischen Unternehmern in Preußen zu untersuchen, was im folgenden nur in einer Stichprobe der Berliner Unternehmer geschieht, da man sich hier auf eine außergewöhnliche Quelle stützen kann.“<sup>[109]</sup> Mit den von Wolzogen vorgetragenen Argumenten beschäftigten sich sowohl Rudolph und Schölzel als auch Jensen. Während Rudolph und Schölzel betonten, am Wesen des Beuthschen Antisemitismus ändere sich nichts durch dessen Gewerbeförderung, die eben auch Juden eingeschlossen habe, da wo sie „nützlich“ waren, setzte sich Jensen intensiv mit der Liste der jüdischen Unternehmer auseinander, die im Verein waren, und gelangte zu anderen Resultaten als Wolzogen. Jensen betonte, dass Juden im von Beuth gegründeten Gewerbeverein eher unterrepräsentiert waren.<sup>[19]</sup>

## Hochschulgremien: Senat, Versammlung, Kuratorium

Der Akademische Senat (AS) wurde von der Präsidentin über den Stand der Beuth-Debatte am 24. Mai 2018 informiert. Der AS richtete am 7. Juni 2018 die "Arbeitsgruppe Diskurs Beuth" ein. Ein Bericht zum Diskurs Beuth erfolgte im Kuratorium der Hochschule am 22. Juni 2018, in der Akademischen Versammlung am 28. Juni 2018. Formell über eine mögliche Umbenennung abstimmungsberechtigt ist die Akademische Versammlung der Hochschule. Der Akademische Senat wird im Sommersemester 2019 den Stand der Beuth-Debatte bilanzieren, zu einer Entscheidung wird es voraussichtlich erst im Wintersemester 2019/2020 kommen.

## Jüdische Stimmen

Mit Sigmount Königsberg, Itai Boeing, Salomea Genin, Sergey Lagodinsky und Andreas Nachama u. a. meldeten sich jüdische Stimmen bei der Debatte zu Wort. Der Antisemitismusbeauftragte der Jüdischen Gemeinde zu Berlin Königsberg postete auf Facebook am 23. Januar 2019 ein Plakat der AfD-Fraktion Berlin. Auf dem Plakat zu sehen war die Mensa der Beuth Hochschule, versehen mit dem Text "Beuth Hochschule – Kontroverse Debatte um Umbenennung. Bald erkennen wir Berlin nicht mehr wieder. Linke Bilderstürmerei stoppen!" Dazu hatte die AfD-Fraktion geschrieben: „Die Beuth-Universität, benannt nach Christian Peter Wilhelm Beuth, dem 'Vater der Ingenieurwissenschaften', soll umbenannt werden. Statt sich um marode Schulen und Brücken zu kümmern, betreiben SPD, Linke und Grüne wieder Bilderstürmerei. Langsam reicht es!“ Königsberg versah dies mit dem Kommentar: „Wieder mal ein Beweis für den strukturellen und immanenten Antisemitismus der AfD: Die

Debatte um einen Judenhasser, dessen Namen eine Hochschule zu Unrecht trägt, wird als 'Bilderstürmerei' diskreditiert.<sup>[110]</sup> Auf dem Podium der Veranstaltung des Fachbereichs Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften der Beuth Hochschule vertreten war auch das langjährige ehemalige Mitglied des Vorstands der Synagoge Oranienburger Straße Itai Boeing. Boeing bedankte sich bei der Hochschule dafür, dass diese ihm in Seminaren bereits mehrfach die Möglichkeit gegeben habe, Studierenden seinen jüdischen Glauben vorzustellen. „Itai Boeing, der als Vertreter der Jüdischen Gemeinde mitdiskutierte, dankte der Hochschule, 'dass sie diesen Prozess [die Beuth-Debatte] eingeleitet hat'. Nun könne sie wohl 'nicht mehr zurück', müsse sich am Ende also umbenennen.“<sup>[111]</sup>

Die Publizistin Salomea Genin äußerte sich auf der Informationsveranstaltung des Fachbereichs Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften mit dem Satz: „Ich bin heute noch meiner Mutter dankbar, dass sie die Gefahr gespürt hat und mit uns Kindern auf dem Schiff 'Esquilinio' nach Australien geflohen ist. Sonst wäre ich heute auch Asche.“ Das Wort Asche bezog sich u. a. darauf, dass diverse Redner der Deutschen Tischgesellschaft wie von Arnim, Brentano und Beuth in ihren Reden offene Vernichtungswünsche gegen Juden artikulierten. In der Tischgesellschafts-Rede Achim von Arnims heißt es: „Man zerreiße ihn [den Juden] im Feuersteinmörser, erwärme ihn mit Aetzlauge im Platinatiegel, allmählich bis zum Durchglühen.“<sup>[112]</sup> In seiner Rede analysierte von Arnim anschließend die "Asche des Juden" und gelangte zum Resultat, dass diese sich zusammensetze aus 50 % Bosheit, 2 % Gold, 10 % eingeatmetes Silber, 20 % altem Kupfer, 5 % falsche Wechsel und 4 % Christenblut, welches „durch sündliche Vermischung gewonnen“<sup>[113]</sup> sei.

Genin gründete in Berlin eine Initiative, die es sich zum Ziel gesetzt hat, den Berliner Magistrat dafür zu gewinnen, vor der Marienkirche auf dem "Neuen Markt" eine Gedenktafel zu installieren, die an den dort stattgefundenen Schauprozess gegen die Juden im Jahr 1510 ("Berliner Judenprozess") erinnern soll. In Zusammenarbeit mit dem Pfarrer der evangelischen Marienkirche Ulf Lunow organisierte Genin ein "Jüdisch-christliches Gebet zum Gedenken an die Judenverfolgung von 1510" am Bußtag, dem 17. November 1999, in der St. Marien Kirche. Verlesen wurden an diesem Tag die historisch überlieferten Namen der ermordeten Juden:

- R. Josef bar Elieser und sein Sohn Jizchak
- S. Schlomo bar Jaacov
- Jizchak bar Meir ha-Levi
- David bar Mosche ha-Kohen und sein Sohn
- Meschullam bar Jizchak ha-Levi
- Schlomo bar Josef und sein Sohn Meir bar Schlomo
- Mardochai bar Akiva
- Moshe bar Issachar
- Samuel bar Mardochai
- Moshe bar Josef
- Jehuda bar Meir
- Elija bar Josef
- Jechiel bar Avraham
- Avraham bar Schlomo ha-Levi



Neuer Markt vor der Marienkirche, auf dem das große Gerüst stand und der Schauprozess gegen die Juden von 1510 stattfand



Ein Gedenkstein für die Opfer der Berliner Judenverbrennung existiert derzeit nur neben dem Haus Mollstrasse 11 (Berlin-Mitte). Hier wurden 1510 auf einem mehrstöckigen Scheiterhaufen an der ehemaligen Richtstätte vor dem Georgentor, dem Berliner Rabenstein (der späteren Judengasse), die Juden verbrannt.

- Chiskia bar Meir
- Avraham bar Meir
- David bar Meir
- Jaacov bar Mosche
- Moshe bar Menachem ha-Levi
- Moshe bar Menachem ha-Levi
  
- Mosche bar Jehuda ha-Levi
- Joel bar Jehuda ha-Levi
- Nathan Sohn von Schimon ha-Levi
- Schmuel bar Jaakov ha-Levi
- Menachem bar Jehuda
- Moshe bar Jisrael
- Chiskia bar Schlomo
- Schimon bar Josef
- Naftali bar Jaakov ha-Kohen
- Josef bar Ovadja
- Jizchak bar Mardochai
- Moshe bar Meir
- Moshe bar Jeschaja<sup>[114]</sup>

Zum Abschluss des Gottesdienstes sangen die Anwesenden auf hebräisch und deutsch das von Hannah Szenecz geschriebene Lied "Eli Eli" über eine ungarische Jüdin, die 1940 nach Palästina emigrierte und 1944 mit einer Gruppe Fallschirmspringer über Ungarn absprang, mit der Absicht Juden vor den Deportationen zu retten. Sie wurde entdeckt und erschossen.<sup>[115]</sup>

Anvisiert ist die Umstellung des relativ unbekanntes und auf Grund seiner Lage kaum beachtetes Gedenksteins in der Mollstraße, der seinen neuen Platz vor der Marienkirche finden soll.

## Das Zentrum für Antisemitismusforschung

Das Zentrum für Antisemitismusforschung schaltete sich mehrfach in die Debatte ein. Der stellvertretende Leiter des Zentrums Uffa Jensen nahm bereits als Zuhörer an der Informationsveranstaltung des Fachbereichs Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften am 20. Juni 2018 zum Antisemitismus Beuths teil und riet zu einer Umbenennung der Hochschule. Ansonsten müsse sich die Hochschule die Frage gefallen lassen, „ob sie bereit ist, bei jeder offiziellen Veranstaltung daran zu erinnern, dass dieser Name eine schwierige Geschichte hat“.<sup>[116]</sup> In einem Gastbeitrag im Berliner Tagesspiegel konkretisierte Jensen seine Position und betonte, dass Hochschulen im Umbenennungsstreit eine besondere Stellung hätten. „Wir leben in einer vielschichtigeren Gesellschaft zusammen“, so Jensen, „ohne dass wir uns mit falschen Namenspatronen und falscher Symbolik den Weg zu diesem Zusammenleben verstellen wollen.“<sup>[117]</sup> Im Fall Beuth käme „zu der bloßen Äußerung antisemitischer Ansichten auch sein politisches Handeln, mit dem er als regierungsamtlicher Gutachter maßgeblich die rechtliche Besserstellung vieler preußischer Juden verhinderte, was er auch mit seinen antisemitischen Vorurteilen begründete. An solchen historischen Fakten kommt eine Institution nicht leicht vorbei.“<sup>[118]</sup> Nach dem Beuth-Symposium äußerte Jensen in einem Zeit-Interview: „Beuth war ein überzeugter Judenfeind. Für eine Bildungseinrichtung



Hebräischer Text der Inschrift auf der Gedenktafel: „Hier ruhen die heiligen Gebeine der Mitglieder unserer ersten Gemeinde in Berlin. Sie wurden als Märtyrer ermordet und verbrannt am 12. Aw 5270. Diese Gedenktafel wurde von Meir, dem Sohn von Abraham Salomonski im Jahr 1935 angebracht.“ Im Jahr der Nürnberger Gesetze ließ der Rabbiner Martin Salomonski diese Gedenktafel 1935 ursprünglich an der Synagoge des Jüdischen Altersheimes Lietzmann an der Ecke der Landwehrstraße anbringen. Martin Salomonski wohnte in der Berliner Rankestraße 33 und wurde am 19. Juni 1942 ab der Großen Hamburgerstraße 26 mit seinen zwei Kindern in das Ghetto Theresienstadt deportiert. Salomonski wurde am 16. Oktober 1944 nach Auschwitz überstellt und dort umgebracht.



Stolperstein für den Rabbiner Martin Salomonski in der Berliner Rankestrasse 33. Vor seiner Ermordung in Auschwitz wirkte Salomonski auch als Rabbiner in Theresienstadt.

ist das problematisch, weil der Name identitätsstiftend ist.“<sup>[119]</sup> Auf die explizite Nachfrage der Zeit: „Würden Sie eine Umbenennung begrüßen?“ antwortete Jensen: „Ich würde es unterstützen.“ Die Leitungsebene des ZfA verfasste ein Gutachten zum zweiten Papier des Altpräsidenten Thümer, das die Wertung des Soziologen Bühl, es handele sich um Faktenleugnung des Antisemitismus Beuths, teilte.

## Das Beuth-Symposium

---

Das öffentliche Symposium zum Thema "Christian Peter Wilhelm Beuth in seiner Zeit" der Beuth Hochschule für Technik Berlin fand am 17. und 18. Januar 2019 statt. Im Vorfeld des Symposiums verschärfte sich der Tenor der Beuth-Debatte.<sup>[120]</sup> Dies war dem Sachverhalt geschuldet, dass die Altpräsidenten mit ihrem zweiten Papier den Antisemitismus Beuths leugneten sowie dem Tatbestand, dass die Umbenennungsinitiative im Unterschied zum Altpräsidenten Thümer keinen Platz auf dem zentralen Podium erhalten sollte.<sup>[121]</sup> Über diesen Sachverhalt berichtete die Presse im Vorfeld der Veranstaltung; die Rede war davon, dass die Debatte schon vor Tagungsbeginn einseitig zu verlaufen drohe.<sup>[122]</sup> Erst wenige Stunden vor Beginn des Podiums erhielt die Umbenennungsinitiative doch noch einen Platz eingeräumt und wurde von Professor Dieter Gloede vertreten. In der Öffentlichkeit blieb das Unverständnis bestehen, warum im Vorfeld weder die Umbenennungsinitiative in die Vorbereitung des Symposiums eingebunden noch der Rassismuskritiker Bühl, der die Beuth-Debatte initiiert hatte, als Referent an einem der beiden Tage einbezogen wurde. „Das hatte Rektorin Gross [bereits] im Vorfeld der Veranstaltung einige Kritik eingebracht.“<sup>[123]</sup>

Die FAZ kommentierte am 22. Januar 2019 ("Historische Aufklärung") das Beuth-Symposium der Hochschule wie folgt: „Worum es eigentlich geht, zeigte eine Frau [gemeint ist Frau Genin] aus dem Publikum, die 1932 in einem jüdischen Krankenhaus in Deutschland [genauer im Jüdischen Krankenhaus Berlin] geboren wurde. Die Bezeichnung 'Jude' sei in dieser Gesellschaft wieder ein Schimpfwort geworden. Und nun solle eine Hochschule weiterhin nach einer Person benannt sein, die Juden als Schweine bezeichnet hat? Antisemitismus fange nicht erst bei Mord an. Ähnlich argumentierte einer der wenigen anwesenden Studenten, die sich einer Initiative gegen Beuth angeschlossen hat. In Zeiten eines wiedererstarkenden Antisemitismus sei es gerade in Berlin wichtig, ein klares Zeichen gegen Judenhass zu setzen. Die Gegenreflexe, die solche Argumente hervorrufen, verlaufen in fast allen Namensdebatten, und so auch bei Beuth, nach dem gleichen Muster: Am Ende wird die Luther-Keule geschwungen. Fange man einmal damit an, sich antisemitischer Namenspatronen zu entledigen, müsse man zwangsläufig auch alle Institutionen umbenennen, die nach Martin Luther benannt sind, einem Antisemiten schlechthin. Und doch hinkt dieser Vergleich. Beuth ist nicht Luther, sein Erbe mit diesem nicht vergleichbar. Und wenn das zu Recht geforderte Aushalten von Ambivalenzen als Vorwand benutzt wird, eindeutige Befunde zu relativieren, wäre die Beibehaltung eines antisemitischen Namenspatrons in diesen politisch prekären Zeiten womöglich doch das falsche Zeichen.“<sup>[124]</sup>



Podiumsdiskussion am zweiten Tag des Beuth-Symposiums, Berlin 18. Januar 2019, von links nach rechts: Dieter Gloede (Beuth Hochschule für Technik Berlin), Ronja Marcath (Studentische Umbenennungsinitiative Beuth Hochschule), Reinhard Thümer (Präsident Beuth Hochschule a. D.), David Czycholl (ASTA-Vertreter der Beuth Hochschule), Jan-Martin Wiarda (Moderation), Friedemann Stengel (Martin-Luther-Universität Halle Wittenberg), Thomas Stamm-Kuhlmann (Universität Greifswald), Andreas Nachama (Stiftung Topographie des Terrors)

## Auswirkungen in Beuths Geburtsstadt Kleve

---

Die Stadt Kleve veröffentlichte am 27. Juni 2018 die Meldung, dass sich die Bürgermeisterin Sonja Northing erschüttert über den bekannt gewordenen Sachverhalt des Antisemitismus Beuths zeige. In Abstimmung mit den Vorsitzenden der Fraktionen im Rat der Stadt Kleve habe sie unverzüglich veranlasst, dass die zum Gedenken an Herrn Beuth an dessen Geburtshaus angebrachte Plakette noch am selbigen Tag abgenommen werde. Die Plakette war erst am 30. Mai 2016 feierlich enthüllt worden. Das Bürgermeisteramt betonte, dass zum Zeitpunkt der Beschlussfassung am 29. April 2015 hinsichtlich des Anbringens der

Ehrenplakette dem Rat keinerlei Erkenntnisse über eine antisemitische Haltung Beuths vorgelegen hätten. Die Bürgermeisterin wird mit den Worten zitiert: „Für ein friedvolles, soziales Miteinander sind Achtung und Toleranz gegenüber unseren Mitmenschen unabhängig von ethnischer Herkunft oder persönlichen Weltanschauungen entscheidend. Aufgrund der Schwere der Vorwürfe gegen Herrn Beuth ist ein sofortiges Handeln erforderlich. Das Verbleiben der Plakette an seinem Geburtshaus ist daher bis auf weiteres nicht tragbar.“<sup>[125]</sup> Nach umgehender Prüfung der Forschungsergebnisse von Prof. Bühl werde ebenso über eine Änderung des Straßennamens der Beuthstrasse in Kleve entschieden. Die Aktivitäten in der niederrheinischen Stadt waren unmittelbar in Gang gekommen nachdem die NRZ am 27. Juni 2018 über die Berliner Debatte berichtete. Das rasche Agieren der parteilosen Bürgermeisterin zumal einen Tag vor einer anstehenden Ratssitzung führte in Kleve zu Kontroversen. Die Bürgermeisterin, so rügte der Landrat des Kreises Kleve, der einer diesbezüglichen Dienstaufsichtsbeschwerde statt gab, habe die Zuständigkeit des Klever Rates übergangen. Am 10. Oktober 2018 entschied der Klever Rat, dass die Gedenktafel für den preußischen Ministerialbeamten Christian Peter Beuth abgehängt bleibt.



Beuth-Plakette am Geburtshaus in Kleve, angebracht am: 30. Mai 2016, abgehängt am: 27. Juni 2018

## Resümee

---

Die Debatte um den Antisemitismus des Ministerialbeamten Christian Peter Beuth hat zu zahlreichen Stellungnahmen, Gutachten und wissenschaftlichen Beiträgen geführt. Ursprünglich entstanden als eine rein interne Debatte an der Beuth Hochschule für Technik Berlin bezüglich des eigenen Namenspatrons hat diese mittlerweile Ausmaße angenommen, dass von einem zweiten Berliner Antisemitismustreit gesprochen wird. Die wissenschaftlichen Gutachten belegen eine durchgehend rigide antisemitische Haltung Beuths vom frühen Ministerialbeamten bis hin zum Mitglied des Preußischen Staatsrats sowie dessen Gegnerschaft zur rechtlichen Gleichstellung der Juden in Preußen, die nur dann durchbrochen wird, wenn Beuth sich wirtschaftliche Vorteile für Preußen versprach oder aber aus reinen Gründen der Staatsräson eine Rechtsangleichung innerhalb des preußischen Staatsterritoriums für opportun erachtete. Der Antisemitismus Beuths verdeutlicht exemplarisch die Scharnierfunktion des Antisemitismus der deutschen Romantik als eines völkisch-christlichen Antisemitismus zum biologischen Rassismus in der zweiten Hälfte des 19. Jhdts.

## Literaturverzeichnis

---

- von Arnim, Ludwig Achim: Texte der deutschen Tischgesellschaft, hrsg. von Stefan Nienhaus, Tübingen 2008
- Bühl, Achim: Antisemitismus. Geschichte und Strukturen bis heute (im Erscheinen, Marix Verlag), Wiesbaden 2019
- Bühl, Achim: Rassismus. Anatomie eines Machtverhältnisses, Wiesbaden 2016
- Freund, Ismar: Die Emanzipation der Juden in Preußen (zwei Bände), Berlin 1912
- Gall, Lothar: Hardenberg. Reformator und Staatsmann, München 2016
- Nienhaus, Stefan: Geschichte der deutschen Tischgesellschaft, Tübingen 2003
- Reihlen, Helmuth: Christian Peter Wilhelm Beuth. Eine Betrachtung zur preußischen Politik der Gewerbeförderung in der ersten Hälfte des 19. Jhdts., Berlin dritte Auflage 1992 sowie vierte, überarbeitete Auflage Berlin 2014 (im Unterschied zur dritten Auflage hier der Abschnitt "Beuths Widerstand gegen die Emanzipation der Juden als gleichberechtigte Bürger Preußens")
- Sodann, Günter (Hrsg.): Die Technische Fachhochschule Berlin im Spektrum Berliner Bildungsgeschichte, Berlin 1988
- Stadtarchiv Kleve: Sammlung Kopstadt (Archivmaterial)
- Streckfuß, Adolf: 500 Jahre Berliner Geschichte, Berlin 1900
- Treue, Wolfgang (Hrsg.): Berlinische Lebensbilder. Wissenschaftspolitik in Berlin, Berlin 1987

- Wefeld, Hans Joachim: Ingenieure aus Berlin. 300 Jahre technisches Schulwesen, Berlin 1988

## Weblinks

---

- Umbenennungsinitiative der Beuth Hochschule für Technik (<https://prof.beuth-hochschule.de/schmidt/initiative-zur-umbenennung-der-hochschule-position/>)
- Diskursseiten der Beuth Hochschule für Technik Berlin (<https://www.beuth-hochschule.de/3331/article/5585/>)
- Beuth Box mit Videos zum Beuth-Symposium (<http://beuthbox.beuth-hochschule.de/>)
- Video über den Antisemitismus Beuths (<https://www.youtube.com/watch?v=8rSh1w4P5gU>) (produziert von Sergey Lagodinsky)
- Studentische Initiative der Beuth Hochschule (<http://antibeuth.de/>)

## Einzelnachweise

---

1. Die Informationen der professoralen Initiative sind verfügbar auf den Seiten des Hochschullehrers Matthias Schmidt, <https://prof.beuth-hochschule.de/schmidt/initiative-zur-umbenennung-der-hochschule-position/>
2. Die studentische Initiative verfügt über einen eigenen Web-Auftritt, <http://antibeuth.de/>
3. In diesem Vortrag heißt es, nachdem Reihlen die preußischen Reformen umrissen hat: „Nicht unmittelbar zu meinem Thema 'Beuth' gehörig, gleichwohl des Erinnern wert, wenn es um das uns verpflichtende Erbe der preußischen Reformen geht: Am 11. März 1812 ergeht das 'Edikt, die bürgerlichen Rechte der Juden betreffend.' Ich zitiere: 'Wir, Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen etc., verordnen wie folgt: § 1 Die in unseren Staaten jetzt wohnhaften ... Juden und deren Familien sind für Einländer und preußische Staatsbürger zu achten.'" Der ursprünglich am 19. November 2003 gehaltene Vortrag, der auf der Akademischen Versammlung am 17. Januar 2008 als Laudatio benutzt wurde, erwähnte mit keinem Wort die ablehnende Haltung Beuths bezüglich der „Judenemanzipation“. Die über den Namen "Beuth Hochschule für Technik Berlin" abstimmen Mitglieder der Akademischen Versammlung waren so der Ansicht, mit dem Namen "Beuth" auch einen Protagonisten der "preußischen Reformen" (inklusive der "Judenemanzipation") zu ehren. Beuth erschien auf diese Weise als Befürworter und nicht als Gegner der rechtlichen Gleichstellung der Juden. *Quelle: Beschlussprotokoll der 12. ordentlichen Sitzung der Akademischen Versammlung der TFH Berlin am 17. Januar 2008*
4. Helmut Reihlen: Christian Peter Wilhelm Beuth. Eine Betrachtung zur preußischen Politik der Gewerbeförderung in der ersten Hälfte des 19. Jhdts., Berlin dritte Auflage 1992 sowie vierte, überarbeitete Auflage Berlin 2014 (im Unterschied zur dritten Auflage hier der Abschnitt: „Beuths Widerstand gegen die Emanzipation der Juden als gleichberechtigte Bürger Preußens“)
5. Im Jahr 2008 lag erst die dritte Auflage der Beuth-Biografie vor, vgl. Helmut Reihlen: Christian Peter Wilhelm Beuth. Eine Betrachtung zur preußischen Politik der Gewerbeförderung in der ersten Hälfte des 19. Jhdts., Berlin dritte Auflage 1992
6. Vgl. Wefeld: Ingenieure aus Berlin, Treue: Wissenschaftspolitik in Berlin, Sodann: Die TFH Berlin (siehe Literaturverzeichnis)
7. Deutsche Biographie: Beuth, Christian Peter Wilhelm, <https://www.deutsche-biographie.de/sfz4298.html>
8. Stefan Nienhaus: Geschichte der deutschen Tischgesellschaft, Tübingen 2003
9. Achim Bühl: Rassismus: Anatomie eines Machtverhältnisses, Wiesbaden 2016
10. Achim Bühl: Rassismus. Anatomie eines Machtverhältnisses, Wiesbaden 2016, S. 24
11. Die erste Stellungnahme der Altpräsidenten war bis 22. Januar 2019, 13:55 Uhr, auf der Beuth-Diskurs-Page der Beuth Hochschule verfügbar. Nach dem Beuth-Symposium zogen die Autoren die Veröffentlichung zurück.
12. Amory Burchard: "Antisemitischer Namensgeber: Greifswald hat es vorgemacht", *Der Tagesspiegel* (<https://www.tagesspiegel.de/wissen/beuth-hochschule-vor-der-umbenennung-antisemitischer-namensgeber-greifswald-hat-es-vorgemacht/22720534.html>) 21. Juni 2018; Maxine Bacanji: "Judenhasser im Staatsdienst", *Jüdische Allgemeine* (<https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/judenhasser-im-staatsdienst/>) 25. Juni 2018; Christine Prußky: "Wer liest schon Habilitationsschriften?" *Süddeutsche Zeitung* (<https://www.sueddeutsche.de/bildung/berliner-hochschule-wer-liest-schon-habilitationsschriften-1.4043570>) 9. Juli 2018; Lin Hierse: "Erst denken, dann handeln", *taz* (<http://www.taz.de/!5518603/>) 23. Juli 2018 u. a.
13. Vgl. u. a.: NRZ vom 27. Juni 2018; FOCUS online vom 27. Juni 2018
14. Achim Bühl: Stellungnahme zum Antisemitismus des Peter Beuth (1781–1853), Berlin 1. Juni 2017, [https://www.beuth-hochschule.de/fileadmin/oe/praesidium/portraet/beuth-diskurs/Beuth\\_Stellungnahme\\_Buehl.pdf](https://www.beuth-hochschule.de/fileadmin/oe/praesidium/portraet/beuth-diskurs/Beuth_Stellungnahme_Buehl.pdf)
15. Achim Bühl: "Zehn Thesen zum Antisemitismus von Christian Peter Beuth", [https://www.beuth-hochschule.de/fileadmin/oe/praesidium/portraet/beuth-diskurs/Beuth\\_10-Thesen\\_Buehl.pdf](https://www.beuth-hochschule.de/fileadmin/oe/praesidium/portraet/beuth-diskurs/Beuth_10-Thesen_Buehl.pdf)

16. Sergey Lagodinsky: "Sprechen wir über ... Christian Peter Wilhelm Beuth!", <https://www.youtube.com/watch?v=8rSh1w4P5gU>
17. Die zweite Stellungnahme der Altpräsidenten war bis 22. Januar 2019, 13:55 Uhr, auf der Beuth-Diskurs-Page der Beuth Hochschule verfügbar. Nach dem Beuth-Symposium zogen die Autoren die Veröffentlichung zurück.
18. Achim Bühl: Stellungnahme zum Papier „Christian Peter Wilhelm Beuth, ein Antisemit?“ des Altpräsidenten Reinhard Thümer, Berlin 8. Dezember 2018, [https://www.beuth-hochschule.de/fileadmin/oe/praesidium/portraet/beuth-diskurs/Beuth\\_Stellungnahme\\_Buehl-zu-Thuemer\\_II.pdf](https://www.beuth-hochschule.de/fileadmin/oe/praesidium/portraet/beuth-diskurs/Beuth_Stellungnahme_Buehl-zu-Thuemer_II.pdf)
19. Uffa Jensen: *Stellungnahme des Zentrums für Antisemitismusforschung zu ‚Christian Peter Wilhelm Beuth, ein Antisemit?‘* ([https://www.tu-berlin.de/fileadmin/i65/Dokumente/Stellungnahme\\_ZfA.pdf](https://www.tu-berlin.de/fileadmin/i65/Dokumente/Stellungnahme_ZfA.pdf))
20. Vgl. u. a.: Süddeutsche Zeitung vom 14. Januar 2019, Spiegel Online vom 15. Januar 2019, taz vom 16. Januar 2019, Jüdische Allgemeine vom 17. Januar 2019
21. Jüdische Allgemeine vom 17. Januar 2019
22. Jüdische Allgemeine vom 17. Januar 2019
23. Vgl. Achim Bühl: Stellungnahme zum Papier „Christian Peter Wilhelm Beuth, ein Antisemit?“ des Altpräsidenten Prof. Dr.-Ing. Reinhard Thümer, Berlin 8. Dezember 2018, [https://www.beuth-hochschule.de/fileadmin/oe/praesidium/portraet/beuth-diskurs/Beuth\\_Stellungnahme\\_Buehl-zu-Thuemer\\_II.pdf](https://www.beuth-hochschule.de/fileadmin/oe/praesidium/portraet/beuth-diskurs/Beuth_Stellungnahme_Buehl-zu-Thuemer_II.pdf)
24. Die Videos sind verfügbar über die sog. "Beuth-Box" der Hochschule, <http://beuthbox.beuth-hochschule.de/>
25. Süddeutsche Zeitung: "Antisemitismus-Debatte: Beuth Hochschule startet Umfrage", 30. Januar 2019
26. Deutschlandfunk: „Ein Antisemit als Namensgeber“, 18. Januar 2019, [https://www.deutschlandfunk.de/berliner-beuth-hochschule-ein-antisemit-als-namensgeber.680.de.html?dram:article\\_id=438720](https://www.deutschlandfunk.de/berliner-beuth-hochschule-ein-antisemit-als-namensgeber.680.de.html?dram:article_id=438720); Maritta Adam-Tkalej: "Beuth – Ein Antisemit wird besichtigt, Berliner Zeitung 18. Januar 2019, <https://www.berliner-zeitung.de/berlin/christian-peter-beuth-ein-antisemit-wird-besichtigt-31902358>; Julius Betschka: "Wenn der Namenspatron Antisemit ist, Berliner Morgenpost 19. Januar 2019, <https://www.morgenpost.de/bezirke/mitte/article216244501/Beuth-Hochschule-Wenn-der-Namenspatron-Antisemit-ist.html>; Hannah Bethge: "Eine Hochschule streitet über ihren Namen, FAZ 22. Januar 2019, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/die-beuth-hochschule-streitet-ueber-ihren-namen-16000515.html>; Julian Dörr: „Männer machen Geschichte“, Süddeutsche Zeitung 18. Januar 2019, <https://www.sueddeutsche.de/bildung/beuth-hochschule-berlin-name-diskussion-1.4294495>
27. *Umfrage. Umfrage Diskurs Beuth.* (<https://www.beuth-hochschule.de/umfrage-beuth>) In: *Beuth Hochschule für Technik Berlin*. Abgerufen am 25. Juni 2019.
28. Alarmiert zeigte sich beispielsweise der Historiker Thomas Stamm-Kuhlmann von der Universität Greifswald. „Es handele sich bei Beuth“, so Stamm Kuhlmann, „um einen eindeutigen Befund, den anzuzweifeln einer Verleugnung von Fakten gleichkomme.“ Zitiert nach: FAZ vom 22. Januar 2019
29. Es handelt sich hierbei um die Sammlung Kopstadt, Stadtarchiv Kleve
30. Achim Bühl: "Bemerkungen zum antisemitischen Psychogramm Beuths", Diskussionspapier, Berlin 9. Dezember 2018
31. Stefan Nienhaus: *Geschichte der Deutschen Tischgesellschaft*, Tübingen 2003
32. Ludwig Achim von Arnim: *Texte der deutschen Tischgesellschaft*, hrsg. von Stefan Nienhaus, Tübingen 2008
33. Ismar Freund: *Die Emanzipation der Juden in Preußen* (zwei Bände), Berlin 1912
34. Stadtarchiv Kleve: *Sammlung Kopstadt*
35. Achim Bühl: "Zehn Thesen zum Antisemitismus von Christian Peter Beuth", Berlin 2. Mai 2018, [https://www.beuth-hochschule.de/fileadmin/oe/praesidium/portraet/beuth-diskurs/Beuth\\_10-Thesen\\_Buehl.pdf](https://www.beuth-hochschule.de/fileadmin/oe/praesidium/portraet/beuth-diskurs/Beuth_10-Thesen_Buehl.pdf)
36. Jörg Rudolph, Christian Schölzel: "Christian Peter Wilhelm Beuth und seine Haltung zum Judentum", Mai 2018, S. 2
37. Rudolph/Schölzel: "Christian Peter Wilhelm Beuth und seine Haltung zum Judentum", Mai 2018, S. 2
38. Rudolph/Schölzel: "Christian Peter Wilhelm Beuth und seine Haltung zum Judentum", Mai 2018, S. 11
39. Jörg Rudolph, Christian Schölzel: *Christian Peter Wilhelm Beuth (1781-1853) und seine Haltung zum Judentum, korrigierte und überarbeitete Neuauflage des Gutachtens* ([http://www.cultureandmore.com/de/projekte/kulturprojekte/beratungen/Gutachten\\_Beuth\\_und\\_Judentum.pdf](http://www.cultureandmore.com/de/projekte/kulturprojekte/beratungen/Gutachten_Beuth_und_Judentum.pdf)), Stand: Juli 2019, S. 2
40. Jörg Rudolph, Christian Schölzel: *Christian Peter Wilhelm Beuth (1781 - 1853) und seine Haltung zum Judentum, korrigierte und überarbeitete Neuauflage des Gutachtens*, S. 4/5
41. Gerhard Ackermann, Reinhard Thümer: "Christian Peter Wilhelm Beuth – Namenspatron der Beuth Hochschule für Technik. Stellungnahme"
42. Gerhard Ackermann, Reinhard Thümer: "Christian Peter Wilhelm Beuth – Namenspatron der Beuth Hochschule für Technik. Stellungnahme"
43. Bert Thissen: "Zum Antisemitismus von Christian Peter Wilhelm Beuth", [https://rat.kleve.de/C1257CF60039C976/html/FA57873EB2EC31B5C12582F1004604EB/\\$FILE/Stellungnahme%2C](https://rat.kleve.de/C1257CF60039C976/html/FA57873EB2EC31B5C12582F1004604EB/$FILE/Stellungnahme%2C)
44. Reinhard Thümer: „Christian Peter Beuth, ein Antisemit?“ Berlin Oktober 2018. Da der Autor das vorgelegte Papier nach dem Beuth Symposium der Hochschule zurückzog ist es nicht mehr online verfügbar.



45. Reinhard Thümer: „Christian Peter Beuth, ein Antisemit?“ Berlin Oktober 2018
46. Achim Bühl: "Stellungnahme zum Papier 'Christian Peter Wilhelm Beuth, ein Antisemit?' des Altpräsidenten Reinhard Thümer", Berlin 8. Dezember 2018
47. Petra Sorge: "Eine Hochschule stellt ihren Namensgeber zur Debatte", Berliner Zeitung 15. Januar 2019, [https://petra-sorge.de/wp-content/uploads/2019/03/2019-01-15\\_Berliner-Zeitung\\_Beuth-Antisemitismus.pdf](https://petra-sorge.de/wp-content/uploads/2019/03/2019-01-15_Berliner-Zeitung_Beuth-Antisemitismus.pdf)
48. Süddeutsche Zeitung vom 14. Januar 2019 ("Haben wir nichts Besseres zu tun?")
49. G. Ackermann: „Über die Juden als Patronatsherren“ – Ch. P. W. Beuth?" verschickt als Mail am 16. Januar 2019
50. Mail von Thümer und Ackermann vom 16. Januar 2019, verschickt an diverse Pressevertreter
51. Mail von Thümer und Ackermann vom 16. Januar 2019, verschickt an diverse Pressevertreter
52. Anne Purschwitz: Jude oder preußischer Bürger? Die Emanzipationsdebatte im Spannungsfeld von Regierungspolitik, Religion, Bürgerlichkeit und Öffentlichkeit (1780–1847), Göttingen 2018, S. 131 ff.
53. Ismar Freund: Die Emanzipation der Juden in Preußen (zwei Bände), Berlin 1912, S. 350-353. Freund weist das Gutachten getrennt nach der Stellungnahme Beuths sowie nach den Bemerkungen des Departementschefs Ladenberg aus, bezeichnet Beuth jedoch fälschlicher Weise als "Staatsrat", was er 1811 noch nicht war.
54. Vgl. Achim Bühl: Antisemitismus. Geschichte und Strukturen bis heute, Wiesbaden 2019 (hier Abschnitt 4.4., "Der Fall Christian Peter Wilhelm Beuth"), im Erscheinen beim Marix Verlag (Oktober 2019)
55. Ismar Freund: Die Emanzipation der Juden in Preußen, S. 350
56. Ismar Freund: Die Emanzipation der Juden in Preußen, Berlin 1912, S. 351
57. Ismar Freund: Die Emanzipation der Juden in Preußen, Berlin 1912, S. 338
58. Ismar Freund: Die Emanzipation der Juden in Preußen, Berlin 1912, S. 351
59. Ismar Freund: Die Emanzipation der Juden in Preußen, Berlin 1912, S. 352
60. Ismar Freund: Die Emanzipation der Juden in Preußen, Berlin 1912, S. 353
61. Achim Bühl: "Stellungnahme zum Antisemitismus des Peter Beuth (1781 – 1853)", Berlin 1. Juni 2017, [https://www.beuth-hochschule.de/fileadmin/oe/presidium/portraet/beuth-diskurs/Beuth\\_Stellungnahme\\_Buehl.pdf](https://www.beuth-hochschule.de/fileadmin/oe/presidium/portraet/beuth-diskurs/Beuth_Stellungnahme_Buehl.pdf)
62. A. Ackermann nennt 42 Todesurteile (den Christen Fromm eingeschlossen), 39 Juden wurden verbrannt, zwei Juden nach vollzogener Taufe enthauptet (Angabe auch bei diversen weiteren Autoren), Quelle: A. Ackermann: Geschichte der Juden in Brandenburg 1906, Seite 47 ff. Wiederum andere Autoren nennen die Zahl 38, so etwa Streckfuß: "Die Verbrennung von 38 verhassten Juden war ein so herrliches Vergnügen, dass keiner dabei fehlen mochte." Quelle: Adolf Streckfuß: 500 Jahre Berliner Geschichte, Berlin 1900, Seite 101
63. Ludwig Achim von Arnim: Texte der deutschen Tischgesellschaft, Tübingen 2008, S. 159/160
64. Zitiert nach: Achim von Arnim: Texte der deutschen Tischgesellschaft, S. 159
65. Statuten der Deutschen Tischgesellschaft, vgl. Ludwig Achim von Arnim: Texte der deutschen Tischgesellschaft, S. 7
66. Ludwig Achim von Arnim: Texte der deutschen Tischgesellschaft, Tübingen 2008, S. 159
67. Ludwig Achim von Arnim: Texte der deutschen Tischgesellschaft, Tübingen 2008, S. 159
68. Jörg Rudolph, Christian Schölzel: Christian Peter Beuth (1781-1853) und seine Haltung zum Judentum, korrigierte und überarbeitete Neuauflage, Stand: Juli 2019 (Online-Stellung des Papiers am 1.10.2019)
69. Im Folgenden Achim Bühl: Antisemitismus. Geschichte und Strukturen bis heute, Wiesbaden 2019 (Buch im Erscheinen beim Marix Verlag, Erscheinungsdatum Oktober 2019)
70. Gutachten der Abteilungen des Königlichen Staatsraths für das Innere, Handel und Gewerbe, für die Justiz und für die Finanzen, über den Entwurf einer Juden-Ordnung für das Großherzogthum Posen, die Landstriche Culm und Michelau und die Stadt und das Gebiet Thorn, Berlin Dezember 1823, S. 59
71. Bericht des Königlichen Staats-Ministeriums mit dem Entwurf einer Juden-Ordnung für das Großherzogthum Posen, Geh. St.A. I. HA, Rep. 80, Staatsrat und Staatssekretariat, Kuratorien d. Bank und d. Seehandl. (Drucksachen, 1818-1848, Nr. 100)
72. Gutachten der Abteilungen des Königlichen Staatsraths, a.a.O., S. 65
73. Gutachten der Abteilungen des Königlichen Staatsraths, a.a.O., S. 63
74. Gutachten der Abteilungen des Königlichen Staatsraths, a.a.O., S. 73
75. Gutachten der Abteilungen des Königlichen Staatsraths, a.a.O., S. 73
76. Gutachten der Abteilungen des Königlichen Staatsraths, a.a.O., S. 54
77. Gutachten des Staatsraths, a.a.O., S. 65
78. Jörg Rudolph, Christian Schölzel, a.a.O., S. 35/36
79. Achim Bühl: "Bemerkungen zum antisemitischen Psychogramm Beuths", Berlin 9. Dezember 2018, [https://prof.beuth-hochschule.de/fileadmin/prof/mschmidt/Dateien/psycho\\_beuth.pdf](https://prof.beuth-hochschule.de/fileadmin/prof/mschmidt/Dateien/psycho_beuth.pdf)
80. Stadtarchiv Kleve: Sammlung Kopstadt

81. Stadtarchiv Kleve: Sammlung Kopstadt
82. Bei Kopstadt heißt es diesbezüglich u.a.: „Es waren jedoch auch noch manche unter den angesehenen alten und neuern protestantischen Familien, die dem Professor Schütte nicht bloß seiner Gelehrsamkeit wegen, sondern auch als ein der Verdienste seines Vaters, des clevischen Brunnen-Stifters Willen, ihm den Vorzug vor seinem Collegen Beuth gaben und ihn zu ihrem Haus-Arzte gemacht hatten, zumal da er als Arzt auch im System seiner Confession noch fortwährend dem alten Glauben getreu fleißig die Kirche besuchte und zum Abendmale ging, wie dieses zu damaliger Zeit unter den Aerzten nicht immer der Fall war und am wenigsten bey dem Professor Beuth, der sein eignes Glaubens-System hatte und vielleicht noch mehr als Freydenker war, den Grundsätzen der neuen französüischen Philosophen anhing (...).“ Quelle: Stadtarchiv Kleve: Sammlung Kopstadt, vorl. Inv.nr. 4
83. Bei Kopstadt heißt es diesbezüglich: „Der Geheime Rath Beuth wurde hier im Jahr 1782 gebohren, von seinem Vater nach eigenen, zum Theil aus den neuen Erziehungs-Methoden hergenommenen Grundsätzen auf eine für das Publicum damals nicht wenig auffallende Weise erzogen und endlich im Anfang des jetzigen Jahrhunderts unvermuthet nach Berlin zur weitem Ausbildung geschickt obgleich der alte Professor den französischen Grundsätzen überhaupt zugethan war. Sein Sohn zog von Berlin nach Halle zur Fortsetzung seiner Studien (...).“ Quelle: Stadtarchiv Kleve, Sammlung Kopstadt, vorl. Inv.nr. 15
84. Bei Kopstadt heißt es: „(...) bey dem Professor Beuth, der sein eignes Glaubens-System hatte und vielleicht noch mehr als Freydenker war, den Grundsätzen der neuen französischen Philosophen anhing, und die Basedow- und Bartlosche Erziehungs-Methode bey seinen Kindern anwandte, und sie zwar sehr sorgfältig an Körper und Geist, aber doch in Ansehung der körperlichen Erziehung, nach eignen strengen, das Nerven-System seiner Kinder sehr anstrengenden Grundsätzen behandelte, um sie nicht zu verzärteln (...).“ Quelle: Stadtarchiv Kleve, Sammlung Kopstadt, vorl. Inv.nr. 4
85. Kopstadt charakterisiert die Erziehung insgesamt als „genealisch“. Stadtarchiv Kleve, Sammlung Kopstadt, vorl. Inv.nr. 15
86. Angesichts der von Kopstadt stets betonten "Fveysinnigkeit", „freymütigen Aeusserungen“ des Vaters Beuth kommentiert dieser: „unvermuthet nach Berlin zur weiteren Ausbildung geschickt“. Quelle: Stadtarchiv Kleve, Sammlung Kopstadt, vorl. Inv.nr. 15
87. Stadtarchiv Kleve: Sammlung Kopstadt
88. Bei Kopstadt heißt es beispielsweise in Bezug auf Beuth: "Sah ich ihn zuerst wieder in Cleve in einer Reiter-Gruppe (...) als ein sehr hagerer, hoch aufgeschossener Mann mit einem Kindesgesicht und eben nicht kräftigen Gliedern meinem Hause ernsthaft auf einem Rappen vorbey reiten, mitten in einer Gruppe Lützowscher Officiere, wozu er als Freywilliger gehörte, und unter ihnen wie ein Apoll das Wort führend obgleich seine Gestaltung schon in derjenigen überging, die man dem Allerwelts Freund Hein sonst beizulegen gewohnt ist. Doch hörte alles dem Redner mit Achtung und Aufmerksamkeit zu." Quelle: Stadtarchiv Kleve: Sammlung Kopstadt
89. Stadtarchiv Kleve: Sammlung Kopstadt
90. Ausführlich hierzu im Einzelnen Achim Bühl: "Antisemitismus von Beschneidungsverboten", Jüdische Zeitung vom August 2012, <http://www.imdialog.org/bp2012/05/buehl.pdf>
91. Bei Grattenauer, der als Autor von allen Tischgenossen hochgradig geschätzt wurde, heißt es beispielsweise in dessen im Jahr 1791 erschienenen Schrift „Ueber die physische und moralische Verfassung der heutigen Juden“: „Diejenigen Juden, die man christifiziert, d.i. gewisse bürgerliche Rechte der Christen eingeräumt hat, können nie wahre Bürger seyn, denn sie können, als Juden, die Pflichten des Bürgers nicht erfüllen, und sind **Zwitter** in der bürgerlichen Gesellschaft. Es ist nicht Recht, weder in religiöser, moralischer, noch politischer Rücksicht, dass man solche **Hermaphroditen** in der Gesellschaft bildet, und der Menschheit **die ursprüngliche Mannheit raubt**.“
92. Achim Bühl: "Bemerkungen zum antisemitischen Psychogramm Beuths", Berlin 9. Dezember 2018
93. Achim Bühl: "Bemerkungen zum antisemitischen Psychogramm Beuths", Berlin 9. Dezember 2018
94. Initiative zur Umbenennung der Hochschule, <https://prof.beuth-hochschule.de/schmidt/initiative-zur-umbenennung-der-hochschule-position/>
95. Studentische Initiative für einen schönen Hochschulnamen, <http://antibeuth.de/>
96. ASTA der Beuth Hochschule: "Stellungnahme: Beuth, Antisemit", Berlin 8. Juli 2018, <https://asta.studis-bht.de/stellungnahme-beuth-antisemit/>
97. ASTA der Beuth Hochschule: "Bye bye, Beuth", Berlin 17. Juli 2018, <https://asta.studis-bht.de/bye-bye-beuth/>
98. ASTA der Beuth Hochschule: "Stellungnahme Beuth Debatte II", Berlin 7. Februar 2019, <https://asta.studis-bht.de/stellungnahme-beuth-debatte-ii/>
99. StuPa der BHT: "Stellungnahme zur Diskussion um Beuth als Namensgeber", Berlin 8. Februar 2019, <https://news.studis-bht.de/2019/02/08/stellungnahme-des-stupas-der-bht-zur-diskussion-um-beuth-als-namensgeber/>
100. Manfred Götzke: *Ein Antisemit als Namensgeber*. ([https://www.deutschlandfunk.de/berliner-beuth-hochschule-ein-antisemit-als-namensgeber.680.de.html?dram:article\\_id=438720](https://www.deutschlandfunk.de/berliner-beuth-hochschule-ein-antisemit-als-namensgeber.680.de.html?dram:article_id=438720)) In: *Deutschlandfunk.de*. 18. Januar 2019, abgerufen am 27. März 2019.
101. Süddeutsche Zeitung vom 14. Januar 2019

102. Tilmann Warnecke: *Präsident der Beuth-Hochschule. "Ich sehe einem neuen Namen positiv entgegen"*. (<https://www.tagesspiegel.de/wissen/praesident-der-beuth-hochschule-ich-sehe-einem-neuen-namen-positiv-entgegen/24480880.html>) In: *Tagesspiegel Online*. Verlag Der Tagesspiegel GmbH, 21. Juni 2016, abgerufen am 24. Juni 2019.
  103. Der Vortrag des Germanisten Nienhaus wurde von der Beuth Hochschule online zur Verfügung gestellt: Stefan Nienhaus: „Nicht Jude, nicht Philister mehr taugt / Um an ihnen zu finden ein Körngen Spas“: Antisemitische `Scherze` in der Deutschen Tischgesellschaft, [https://www.beuth-hochschule.de/fileadmin/oe/praesidium/portraet/beuth-diskurs/Nienhaus\\_Deutsche\\_Tischgesellschaft\\_Vortrag\\_Berlin.pdf](https://www.beuth-hochschule.de/fileadmin/oe/praesidium/portraet/beuth-diskurs/Nienhaus_Deutsche_Tischgesellschaft_Vortrag_Berlin.pdf)
  104. Wolfgang Hintze: "Beuth muss weg", 6. Juli 2018, <https://vera-lengsfeld.de/2018/07/06/beuth-muss-weg/>
  105. Götz Aly: "Grüner Angriff auf Berliner Straßennamen", Berliner Zeitung, 12. März 2019, <https://www.berliner-zeitung.de/politik/meinung/kolumne-gruener-angriff-auf-berliner-strassennamen-32203068>
  106. Götz Aly: "Grüner Angriff auf Berliner Straßennamen", Berliner Zeitung, 12. März 2019
  107. Götz Aly: "Grüner Angriff auf Berliner Straßennamen", Berliner Zeitung, 12. März 2019
  108. Götz Aly: "Ernst Moritz Arndt leider weggesäubert", Stuttgarter Zeitung, 23. Januar 2017, <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.kolumne-von-goetz-aly-ernst-moritz-arndt-leider-weggesaeubert.71346995-b04a-4eef-9994-d160fb7a8ada.html>
  109. C. von Wolzogen: "Dem Fleiß alles ... Christian Peter Wilhelm Beuth und die jüdischen Mitglieder des Vereins zur Beförderung des Gewerbefleißes in Preußen", [https://www.academia.edu/37697305/Dem\\_Flei%C3%9F\\_alles\\_...\\_Christian\\_Peter\\_Wilhelm\\_Beuth\\_und\\_die\\_j%C3](https://www.academia.edu/37697305/Dem_Flei%C3%9F_alles_..._Christian_Peter_Wilhelm_Beuth_und_die_j%C3)
  110. Sigmunt Königsberg auf Facebook, 23. Januar 2019
  111. Der Tagesspiegel: "Beuth-Hochschule diskutiert über Umbenennung", 20. Juni 2018, <https://www.tagesspiegel.de/wissen/antisemitismus-des-namensgebers-beuth-hochschule-diskutiert-ueber-umbenennung/22715144.html>
  112. Zitiert nach: Ludwig Achim von Arnim: Texte der deutschen Tischgesellschaft, S. 125
  113. Zitiert nach: Ludwig Achim von Arnim: Texte der deutschen Tischgesellschaft, S. 125
  114. Protokoll des Jüdisch-christliches Gebets zum Gedenken an die Judenverfolgung von 1510, St.Marien Kirche, Bußtag, 17. November 1999
  115. Protokoll des Jüdisch-christliches Gebets zum Gedenken an die Judenverfolgung von 1510, St.Marien Kirche, Bußtag, 17. November 1999
  116. Der Tagesspiegel, 20. Juni 2018
  117. Der Tagesspiegel, 3. Juli 2018
  118. Der Tagesspiegel, 3. Juli 2018
  119. Die Zeit, 14. Februar 2019
  120. Der Tagesspiegel vom 20. Januar 2019: "Debatte offen, Fronten verhärtet"
  121. taz vom 16. Januar 2019: "Die Last des Namens. An der Beuth Hochschule im Wedding spitzt sich der Streit um den Antisemitismus des Namensgebers zu"
  122. Berliner Zeitung, 14. Januar 2019
  123. Berliner Morgenpost, 19. Januar 2019
  124. Frankfurter Allgemein Zeitung: "Historischer Aufklärung – Die Beuth Hochschule streitet über ihren Namen", 22. Januar 2019
  125. Meldung der Stadt Kleve vom 27. Juni 2018, vgl. Bürgerportal der Stadt
-